

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonimentspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf., mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Herausgeber: 18603.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeitseite oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatwortschrift 20 Pf., Schwärmer-Say nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Rückerstattung früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Herausgeber: 4506 • Inseraten-Abteilung Herausgeber: 2721.

## Die Pause im Karpathenkampf hält an

**Ein erfolgreicher Vorstoß der Ungarn nordwestlich des Uzoker Passes. — Günstige Lage an der Ostfront. — Die russischen Pläne im englischen Lichte. — Die deutsche Front zwischen Maas und Mosel unerschüttert. — Neue französische Angriffe unter schweren Verlusten abgewiesen. — Ein französischer Armeebefehl. — Die Erfolge des Hilfskreuzers Kronprinz Wilhelm. — Die Tätigkeit der englischen Flotte an der belgischen Küste. — Der Angriff auf die Dardanellen vorläufig eingestellt. — Freiherr v. Zedlik über die Neuorientierung der preußischen Politik.**

### Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 14. April. Amittag. (W. L. B.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein nächstlicher feindlicher Vorstoß bei Verenau Bacshalterie.

Nordwestlich von Verdun brachten die Franzosen gestern Minen mit stark gelblicher Rauch- und erstickend wirkender Gasentwicklung gegen unsre Linie zur Anwendung.

Zwischen Maas und Mosel wurde weiterkämpft. Bei einem starken französischen Angriff gegen die Linie Maizeren-Marcheville drangen die Franzosen an einer schmalen Stelle bei Marcheville in unsre Stellung ein, wurden durch Gegenangriff aber bald wieder hinausgeworfen. An der übrigen Front brach der Angriff bereits vor unsrer Stellung zusammen. Zwischen Combrex und St. Mihiel standen gestern nur Artilleriekämpfe statt. Im Ailln-Walde wurden nach erfolglosen feindlichen Sprengversuchen drei feindliche Angriffe zurückgewiesen. Ein Angriff beiderseits der Straße Eilen-Alten scheiterte westlich dieser Straße und führt östlich derselben zu Nahkämpfen, in denen unsre Truppen die Oberhand behielten. Im Priesterwald standen keine Kämpfe statt.

In den Vögeln mißglückte ein französischer Vorstoß gegen den Schneckenreichkopf südwestlich von Meheral.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage im Osten ist unverändert.

### Überste Heeresleitung.

Die Kampfpause in den Karpathen dauert an. Die Russen haben ihre Offensive noch nicht wieder aufnehmen können. Es herrscht große Kälte im Gebirge und Schneestürme wüten. Indes hat solche Witterung bisher die Kämpfe nicht gehindert, und wenn die Russen jetzt erlahmen, so müssen andre Gründe dafür vorhanden sein. Ihre furchtbaren Verluste und die Erkenntnis, daß sie trotz der rücksichtslosen Opferung der Soldatencharakter den Wall der Verbündeten höchstens hier und da etwas zurückdrängen vermochten, daß sie aber keine Aussicht haben, ihn zu durchbrechen, über ihre Wirkung auf die russischen Heere aus. Wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, daß der Oberkommandierende, der Großfürst Nikolai, ernstlich erkrankt ist, so könnte das den Versuch bedeuten, den allmählich unheilvollen werdenden Posten loszuwerden, nachdem der Onkel des Zaren erkannt hat, daß er die ihm gestellte Aufgabe nicht lösen kann und Lorbeeren zu ernten keine Aussicht hat. Doch bleibt die Bestätigung der Meldung abzuwarten.

Für die Verbündeten ist die Lage in den Karpathen, wie überhaupt im Osten, durchaus befriedigend. Die Karpathenfront ist behauptet worden und an einigen Stellen gehen die verbündeten Truppen bereits wieder zum Vorstoß los und drängen die Russen zurück. Den neulichen Erfolgen der deutschen Armee östlich des Uzoker Passes schließt sich jetzt

die Erstürmung einer russischen Stellung nordwestlich dieses Passes durch ungarische Regimenter an.

Die Wendung in der Karpathenschlacht wird von den Petersburger Korrespondenten der englischen Presse bisher noch ignoriert. So schreibt der Korrespondent der Londoner Morning post:

Die Russen gehen gegenwärtig auf den südlichen Abhängen der Karpaten vor, ohne unangebrachte Hilfe, da sie sich Zeit nehmen müssen, eine solide Front aufzubauen, die im Gebirgskrieg mehr oder weniger zerissen worden ist. Der Feind benutzt die Zeit zu gleichen Bewegungen und bereitet eine Art Verteidigung vor. Es gehört natürlich zum Feldzugsplan Russlands, zu verhindern, daß die reiche Ukraine nach Österreich kommt. Man rechnet deshalb auf die großen russischen Kavalleriemassen, die durch Erhebung der Kirgisen zum Roßkampf um ungefähr eine halbe Million vermehrt worden sind. Der Feind besitzt zwar immer noch den Vorteil des Eisenbahnetzes, aber angesichts der russischen Kavallerie wird das Hindenburgsche Eisenbahn-Altvobtentum in Ungarn nicht viel nützen.

Etwas mehr gibt der Vertreter der Times zu, wenn er schreibt:

Die vorübergehende Stellung unsres Vormarsches in der Richtung Megy-Laborec auf der Front Gablosz-Szczula betrifft nur eine Linie von kaum acht Meilen. Da zudem die Angriffe des Feinds an dieser Stelle zurückgeschlagen worden sind, kann der Schlag die allgemeine Lage in den Karpathen nicht beeinflussen. Unsre Befehlung von Pugac verleiht uns eine Überlegenheit nach verschiedenen Richtungen und verbürgt den Erfolg eines weiteren Vorgehens. Obwohl die vorhandenen Anzeichen auf einen allgemeinen österreichisch-ungarischen Rückzug weisen (?), wird doch angenommen, daß der Feind in der Richtung Hunyendra-Debreczin und Kustos, wo zahlreiche starke Festigungen errichtet sind, hartnäckigen Widerstand leisten wird.

Während so die Engländer auf einen großen Erfolg Russlands vorbereitet werden, versprechen sich die Russen Wunderdinge von einer gewaltigen englischen Armee. Aus Petersburg wird vom 15. April gemeldet: Der Präsident der Oktobristenpartei, Gutschow, erklärte in einer Parteisitzung, laut Golos Moskwi, die Entscheidung im Weltkriege falle im Monat Mai durch drei Millionen englische Soldaten.

An diese englische 3-Millionen-Armee werden wir glauben, wenn wir sie im Felde sehen. Schlecht will zu dieser russischen Nachricht ein Artikel der Londoner Times passen, der über den vollkommenen Misserfolg der neuen Rekrutierung in London klagt. Danach haben sich in einer Versammlung in der Londoner Guildhall zwei Rekruten gemeldet, in einer andern Stadt einer, der dann noch 16 andere bewog, sich einzutragen.

Indes geht in Deutschland die Einziehung und Ausbildung des Landsturms in gerogelter Weise und ohne Überstürzung weiter. Das Reich hat noch immer und für abschbare Zeit genug Soldaten — ein Gericht, wonach ein Gesetz die Landsturmpflicht auf 50 Jahre erweitern sollte, wird von amtlicher Seite ausdrücklich für absonder unbegründet erklärt.

Die Angriffe, die die Franzosen am Dienstag im Westen zwischen Maas und Mosel unternahmen, sind für sie nicht glücklicher abgelaufen als an den vorhergehenden Tagen. Alle deutschen Stellungen sind behauptet worden und die Angreifer haben schwere Verluste erlitten. Über Genf kommt gleichzeitig die Meldung, daß General French nach einer Inspektion der englischen Stellungen in Flandern jede größere Bewegung verschoben habe.

Außerdem melden die Londoner Daily News, daß der Angriff auf die Dardanellen „vorläufig“ eingestellt ist. Und ein Bericht der englischen Admiraltät über die Tätigkeit der englischen Flotte an der belgischen Küste zeigt, daß auch hier den englischen Seestreitkräften von den deutschen Artillerie mancher Schaden zugefügt wurde. Die Rechnung der Verbündeten steht nicht besonders gut.

Über die Neuorientierung der preußischen Politik nach dem Kriege veröffentlicht der freisinnende Führer Frhr. v. Zedlik einen bemerkenswerten Artikel im Tag. Es heißt darin:

Mit Recht hat in der letzten Tagung des Reichstags der Staatssekretär des Innern hervorgehoben, wie überaus zweifelhaft es ist, was unter die Begriffe Ausnahmegesetz und Ausnahmemaßnahmen fällt. Aber darauf kommt es für unsre Betrachtung nicht besonders an. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Gesetze und Verordnungen, durch die ein Teil unsrer Volksgenossen sich bestimmt fühlt, auf das sorgfältigste darauf zu prüfen sind, ob die tatsächlichen Voraussetzungen, die zu ihrem Erlass gebracht haben, noch fortbestehen. Somit dies nicht mehr der Fall ist, erscheint ihre Bezeichnung geboten. Diese Prüfung wird frei von Engherzigkeit und Vorurteilen im vollen Vertrauen auf den gefundenen Sinn unseres Gesetzes zu erfolgen haben, sie wird aber auch den festen Boden der Wirklichkeit nicht verlassen und sich nicht in das Reich der Illusionen verlieren lassen.

Einer wesentlich anderen Beurteilung unterliegt die Forderung der Demokratisierung unserer Einrichtungen, insbesondere die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen. Ganz abgesehen davon, ob dieser Weg nicht mit der Eigenart der preußischen Monarchie unvereinbar und daher schon aus diesem Grunde nicht gangbar ist, führt er auch gar nicht zur Einigkeit in unserem Volke, sondern ist nur zu zweit gezeugt, Gezeugte von besonderer Schärfe hervorzurufen. Die großen Massen würden natürlich bestrebt sein, denn ihnen würde die Errichtung der politischen Macht und damit die Verwirklichung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse in sicherer Aussicht. Umgekehrt aber ließ alles, was sich durch Bildung und Preis aus der Masse heraustrahlt, Gefahr für die Folge bloß den Amboss für den Hammer der Massen abzugeben. Wird dieser in sozialistischem Geiste geführt, so leben sich der selbstständige Gewerkschaftsstand durch die einseitige Betonung des Betriebsverstandspunkts, Großindustrie, Großhandel und Großgrundbesitz durch die plannmäßige Sozialisierung oder Verstaatlichung der Großbetriebe geradezu in ihrem Bestand bedroht. Die Forderung vollständiger Demokratisierung unserer Einrichtungen weist daher nicht den Weg zum inneren Frieden, sondern enthält eine Kampfansage erster Art. Auch ist es nicht richtig, daß die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen erst Vicht und Schatten gleichmäßig verteilen würde, denn alsdann würde das Vicht ziemlich ganz auf die besitzlose Masse, der Schatten auf den übrigen Teil des Volkes entfallen. Wenn aber dieser Weg zur Errichtung des Reichtes ist, also ungangbar erweist, so wird es zur unabwendbaren Pflicht, andere Wege zu suchen, auf denen den Stimmenwerten, deren hervorragende Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Einigkeit

in unserm Volle der Abgeordnete Haenisch in einer Betrachtung über die Landtagsession im Hamburger Echo mit Recht hervorhebt, die ihnen gebührende Berücksichtigung zuteil werden kann.

Der freikonservative Politiker schlägt zu diesem Zwecke vor, daß den Besitzlosen, der Arbeiterschaft, die völlig gleiche Bildungs möglichkeit eröffnet werden solle wie den Bestehenden, und daß „für die Anstellung und das Aufzählen im öffentlichen Dienst neben stütlicher Tadelstigkeit allein Bezeichnung und Eignung für den betreffenden Dienst, nicht aber Vermögen, Zeuge hört“keit zu bestimmten sozialen Kreisen, Klugheit und dergleichen fortan entscheidend sein soll“.

Schließlich sollte das preußische Wahlrecht dahin geändert werden, daß das Gewicht der Wahlstimme nicht ausschließlich vom Besitz, sondern mindestens gleichwertig nach den Personenwerten, Bildung, Erfahrung, Bewährung bemessen wird“.

Führ. v. Jedlik hält diese seine Vorschläge für so demokratisch, daß er das Bedürfnis empfindet, sich bei den Konservativen dieserhalb damit zu entschuldigen, daß doch immerhin wertvolle Kräfte des Volkes, die bisher gebunden waren, für fruchtbare Tätigkeit frei würden, und daß seine Vorschläge ein gangbarer Weg seien, dem Volke die Einigkeit in der Vaterlandsliebe auch für die Friedenszeit zu erhalten.

Der Artikel ist wichtig als ein Zeugnis der Stimmung in konservativen Kreisen, die bekanntlich die regierenden in Preußen sind. Danach denken diese Kreise also nicht daran, die Ausnahmegesetze grundsätzlich aufzugeben, sondern sie behalten sich die Prüfung in jedem einzelnen Falle vor, ob sie entbehrlich sind. Das gleiche Wahlrecht für Preußen aber wird entschieden abgelehnt, und eine kleine Fliderei am Klassenwahlrecht und ähnliche Proklamationen muß der freikonservative Führer schon vor seinen Standesgenossen besonders zu rechtfertigen versuchen. Wir legen es zu dem übrigen und sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft sich diese Auslassungen merken wird!

## Der Krieg zur See.

### Aus der Tätigkeit des Kronprinz Wilhelm.

Neuport, 14. April. (Zelusion.) Neuporter Blätter veröffentlichen eine Unterredung mit Kapitän Thiersfelder, dem Kommandanten des Kronprinz Wilhelm. Dieser erklärte: „Als wir aus Neufort aufbrachen, hatten wir keine Geschütze, mit denen wir würden durch die Karlsruhe bewaffnet werden, begegneten aber der Correntine, die wohl Geschütze, aber keine Munition an Bord hatte. Wir nutzten daher mit der Munitionspark umgehen. Wir versenkten die meisten Schiffe, indem wir die Klappen öffneten. Die Nova Scotia wurde gerammt. Die Anzahl der gesunkenen stieg schließlich bis 1000. Da deren Ernährung und während zweier Monate zu teuer wurde, übergaben wir die Gefangenen dem Hospitalschiff Holgar, das sie nach Buenos Aires brachte. Wir hatten Gesichte mit den Kreuzern Berlin, Gossol und Bristol, die uns überraschten, als wir Mannschaften, Geschütze und Maschinengewehre von der Karlsruhe übernahmen. Das Gefecht endete glücklich, wir entlosten dank unserer großen Geschwindigkeit. Nach der Correntine wurde am 7. September der Indian Prince genommen, am 11. November der französische Dampfer Union mit 300 Tonnen Kohlen, am 28. Dezember die Hemisphäre mit 500 Tonnen Kohlen, am 10. Januar der englische Dampfer Polar; am 14. Januar der Mailänder Highland Broe mit 145 Mann, wobei eine große Menge von Lebensmitteln erbeutet wurde, ferner der englische Dampfer Willard, am 22. Februar der englische Dampfer Chalchill. Der letztere wurde nicht versenkt, sondern mußte 400 Männer und Frauen an Bord nehmen, um diese an Land zu bringen. Weiter wurde der Dampfer Guadeloupe vernichtet, am 24. März wurde der englische Dampfer Parma mit 68 000 Sac Kaffee und am 28. März der Goldey mit Mehl für St. Vincent versenkt.“

Während der letzten Tage erfuhrn wir aus ausgesagten drahtlosen Depeschen, daß englische Kreuzer eifrig auf uns fahndeten. Ein großes Unglück für uns war es, daß der Dampfer Odemwald nicht ausfahren konnte, um uns vorzüglich zu bringen.

### Der Wert der versenkten Schiffe.

London, 14. April. In einem Artikel der Times wird der Wert der Schiffe, die von dem deutschen Hilfskreuzer Kronprinz Wilhelm versenkt wurden, auf rund 1 100 000 Pfund Sterling geschätzt. Damit erscheint der Hilfskreuzer an dritter Stelle, wenn man annimmt, daß die Emden einen Schaden von 2 211 000 Pfund Sterling, die Nordküste einen solchen von 1 682 000 Pfund Sterling verursacht hat. Der Hilfskreuzer Eiter Friedrich nimmt mit einer Schadensumme von 885 000 Pfund Sterling die vierte Stelle ein, die Käuse die Königswinter mit 275 000, die sechste die Dresden mit ebenfalls 275 000, die siebente die Leipzig mit 235 000 Pfund Sterling. Die gesamte Rente der Kreuzer beläuft sich auf 67 Schiffe im Gesamtwerte von 6 801 000 Pfund Sterling.

### Eine Unterredung mit Weddigen.

Berlin, 14. April. Die Nationalzeitung meldet aus Apenhagen: Über die Begegnung von U 20 mit dem englischen Dampfer Andalusien, der einer der vielen Schiffe war, die Kapitän Weddigen versenkte, hat die Londoner Daily News von dem Kapitän Wollen folgenden Bericht erhalten: „Ich war der leiste, der unter Schiff verließ. Bevor ich in ein der Boote stieg, wurde ich ziemlich stark an der Seite gequält. Als die Offiziere des Unterseeboots dieses jahre, baten sie mich, das Rettungsboot zu verlassen und an Bord des Unterseeboots zu steigen. Das tat ich denn auch, und in Kapitän Weddigens Kajüte wurde ich von der Mannschaft verbünden. Man sah, daß ich eine Rippe gedrohen hatte und begegnete mir mit aller möglichen Rücksicht. Kapitän Weddigen lud mich zu Zigarren und Portwein ein, und ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Offizier so höflich wie möglich auszuerufen, was meine Meinung über die deutsche Politik den englischen Handelsdampfern gegenüber sei. „Es war unsre Pflicht“ antwortete Weddigen gleichmäßig, aber wie wollen auch gar nicht Rivalen wissen, denn es sind die Schiffe und nicht die Menschen, die wir vernichten.“ Während wir so daschen und uns unterhielten, kam es mir so vor, als kannte ich das Gesicht des Kapitäns von Photographien her, die ich gesehen hatte und fragt ihn: „Baren Sie nicht den Kapitän des Unterseeboots, das drei englische Kreuzer in der Nordsee versenkt hat?“ — „Nichtig!“ antwortete er ernst, „ich hatte damals das Kommando über U 20, aber jetzt bin ich der Kommandant von U 29.“ Außerdem war die Besatzung der Andalusien aus den Booten, die das Unterseeboot in Schleppart genommen hatte, an dessen Deck beschlossen worden und stand nun direkt am Anfang der Siedlung. Die Offiziere des Unterseeboots gaben der Mannschaft Agarren. Keiner von den Deutschen war uns gegenüber unfeindlich gewesen. Die Gemüthsfeindschaft der Deutschen erreichte ihren Höhepunkt, als wir schieden. Das Unterseeboot holte eine französische Bark ein, und nachdem diese zum Halten gezwungen war, erhielten wir den Befehl, in die Boote zu gehen und mit diesen an Bord des französischen Schiffs zu rudern. Mein Gespräch mit Kapitän Weddigen war wohl die legitime Unterredung, die jemand mit ihm gehabt hat.“

### Die Behandlung der Unterseebootmannschaften.

London, 14. April. Am Mittwoch fragte Dalziel, welche Maßregeln die britische Regierung ergreifen werde, angeknüpft an die Absicht der deutschen Regierung, britische Offiziere als gewöhnliche Gefangene zu behandeln, als Repressalien gegen die britische Behandlung der „Unterseebootmörder“. Unterstaatssekretär Primrose erwiderte: Wir erachten den amerikanischen Botschafter in

London, an die amerikanische Botschaft in Berlin zu telegraphieren, um festzustellen, was an dem Bericht Wahres sei. Wir haben noch keine Antwort erhalten. Wenn der Bericht richtig ist, so können wir nur hoffen, daß diese Gefangenen so gut behandelt werden wie die Mannschaften der Unterseeboote in England.

### Das Schicksal des Frédéric Frank.

London, 14. April. Der französische Dampfer Frédéric Frank, der von einem deutschen Unterseeboot am Sonntag torpediert wurde, ist von zwei Bergungsbooten nach Plymouth geschleppt worden. Die Mannschaft wurde gerettet.

## Bom westlichen Kriegsschauplatz. Die Tätigkeit der englischen Flotte an der belgischen Küste.

London, 14. April. Die Admirälmutter veröffentlicht einen Bericht des Konteradmirals Hood, des Kommandanten der Flottille an der belgischen Küste, über die Tätigkeit der Flottille im Oktober und November. Die Flottille wurde ausgesandt, um den Vormarsch größerer deutscher Truppenkörper an der Küste von Ostende und Newpoort an verhindern und die linke belgische Flanke zu decken. Die Operationen begannen in der Nacht zum 17. Oktober. Man beschoss zunächst die deutschen Stellungen an der Küste, die innerhalb des Bereichs der Schiffskanonen lagen. Am 18. Oktober wurde eine Maschinengewehrblinde von Schiff Severn bei Newpoort gelandet. Während der Beschießung wurde das Schiff Amazon, welches die Flagge des Konteradmirals führt, an der Wasserlinie schwer beschädigt, so daß es nach England geschleppt werden mußte. Während der ersten Beschießungen hatten fast alle Schiffe Verluste, die von den Deutschen meist durch Schrapnellneuer der Feldgeschütze verursacht wurden. Die Anwesenheit der Schiffe hatte zur Folge, daß immer weniger deutsche Truppen an der Küste gesehen, das für immer mehr schwere belgische in Stellung gebracht wurden. Das machte nötig, daß auch schwerer bewaffnete Schiffe herangezogen wurden, unter ihnen das Schlachtschiff Venerable und mehrere ältere Kreuzer. Als französische Achsöder wurden unter das Kommando Hood gestellt, der am 30. Oktober seine Flagge auf der Antrep hielt, und die französische Flottille bei Lombardsy ins Gefecht stellte. Mit dem Erscheinen der schweren deutschen Kanonen nahmen auch die Verluste der Flottille zu. Der größte Schaden war die Zerstörung eines Turms für schwere Kanonen und mehrere Treffer an der Wasserlinie des Schiffes Mersey, der Tod des Kommandanten und acht Mann sowie die Verwundung von 16 Mann des Schiffes Falcor, das in schweren Feuer geriet, als es die Venerable gegen Unterseeboote schickte. Die Schiffe Willsire und Bestal erhielten durch Schiffe große Verluste. Eine Anzahl Verluste hatten auch die Schiffe Brilliant und Minerva. Nachdem die Umgebung Newports unter Wasser gesetzt worden war, war ein weiteres Verbleiben der Flottille nicht mehr notwendig.

### Ein französischer Armeebefehl.

Aus dem Großen Hauptquartier wird mitgeteilt: Wie die französischen Offiziere mit allen Mitteln versuchen, ihre Leute zum Vorzeichen zu bringen, zeigt folgender Befehl des Generals Dubail, Führer der ersten französischen Armee, vom 5. April 1915:

Selbst drei Monaten haben die deutschen Armeekorps zwischen Maas und Mosel ihrerseits durch so zahlreiche und energische Angriffe zu leiden gehabt, daß ihre Widerstandskraft nunmehr beträchtlich vermindert ist. Mehrere Regimenter mußten in der letzten Zeit abgelöst werden. Die einen wurden infolge der Ihnen von uns ausgelösten Verluste zurückgenommen oder haben den Abschnitt gewechselt (zum Beispiel die bei Ves Granges degemirierten bayerischen Regimenter der 33. Division), die andern wurden auf andre Teile des Kriegsschauplatzes geschobt, um die sofort schon weisende Linie dort zu stützen. Ein Regiment des 5. Armeekorps wurde nach Belgien gebracht, zwei Regimenter des 5. Armeekorps sind zur russischen Front abgegangen. Die vor drei Monaten so zahlreiche und reichlich mit Munition verfehlte schwere Artillerie hat sich sowohl an Zahl verringert wie weniger befehligt.

Um unsern legitimen Angriffen im Abschnitt Gen-Haye-Boss-le-Préte die Stirn bieten zu können, siedeln sich die Deutschen gezwungen, an diesem Punkt die Reserven der benachbarten Abschnitte heranzuziehen. Anscheinend haben sie nicht viele verfügbare. Am 30. März haben wir im Priesterwalde und vor Gen-Haye die deutschen Stellungen in einer Tiefe von 800 und in einer Ausdehnung von 1000 Metern eingenommen. Am 31. März wurde Gen-Haye selbst genommen; am 3. April die Stellungen bei Regnville. Auf einer Front von 40 Kilometer hat die verstärkte erste Armee eine Sturmstellung auf Sturmfortpflanzung eingerichtet. Morgen werden wir die Range, in der wir den Gegner zwischen Verdun und Pont-a-Mousson eingeschlossen haben, schließen und mit beträchtlichen Kräften von vorne und im Rücken angreifen und die feindlichen Truppen zwischen May und St. Mihiel vernichten. Dabei Mittäler muss folgendes wissen: Die Kanonen, die er vor sich hört, sind das französische Geschütz, das in den Rücken des Gegners feuert. Zur Abwehr dieses durchbohrten Angriffs scheinen die Deutschen gegenwärtig nur über veraltete Reserven zu verfügen, und selbst wenn sie andre herangezogen haben, könnte es sich nur um einige Bataillone handeln. Gezeichnet Dubail.“

### Die englischen Verluste bei Neuve Chapelle.

Rotterdam, 14. April. Die heute veröffentlichte Verlustliste enthält 1120 Namen von Unteroffizieren und Mannschaften aus den Kämpfen bei Neuve Chapelle. Dadurch erhöht sich die Gesamtzahl der Verluste auf 7528. Davon wurden 2340 oder 31 Prozent getötet. (Vof. Anz.)

## Die Kämpfe im Osten.

### Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 14. April. Amtlich wird verlautbart, 14. April 1915, mittags:

Die allgemeine Lage ist unverändert. An der Karpathenfront waren in den letzten Abenden nur Schlachtkämpfe im Gange. Nordwestlich des Uzoker Passes wurde eine von den Russen vor Tagen belegte Stellung in ihrer ganzen Ausdehnung durch den Angriff der tapferen ungarischen Infanterie-Regimenter Nr. 10 und 26 erobert. In Südböhmen und der Bukowina herrschte Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs,  
v. Hoefer, Feldmarschallleutnant.

### Günstige Lage auf der gesamten Ostfront.

Berlin, 14. April. Auf der gesamten Ostfront, auf der von unsrigen Truppen wie von den Truppen der Verbündeten besetzten Linie ist, wie die Berliner Zeitung am Mittag außerst läßt, die Gesamtlage für uns durchaus zufriedenstellend. In den Karpathen sind alle von uns genommenen Stellungen fest in unserer Hand. Westlich des Lubotschats, in Gegend des Uzoker Passes, sowie im Ondava-Tal rücken die deutschen und österreichischen Truppen vorwärts.

### Schneestürme in den Karpathen.

Budapest, 14. April. Aus dem Kriegspressoquartier wird gemeldet: An der ganzen Karpathenfront herrscht großer Kälte. Auf den Kampfplätzen in Nordungarn und Galizien müssen starke Schneestürme. Die Kämpfe widmen sich immer auf der gleichen Linie östlich Oltrava und westlich Uzok ab. Westlich von Uzok, an der Front der deutschen Silbermee, wurden die Russen mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.

### Die Russifizierung Galiziens.

Ein Rat, der aus Galizien nach Wilno zurückgekehrt ist, entwirkt folgendes Bild galizischer Städte: Die Stadt Brody macht den Eindruck einer russischen Stadt. Die polnische Bahnhofstation wurde auf russisch umgetauft, ebenso die Straßen, die nun russisch benannt wurden, wie Podlomka, Pszczyna, Pszczyna usw. Reichere Einwohner haben sich alle geflüchtet, es blieben nur Arme, die dem schrecklichsten Elend preisgegeben sind. Obendrein kamen aus benachbarten Dörfern ganze Scharen Obdachloser, besonders Juden, in die Stadt eingewandert. Lemberg ähnelt gegenwärtig teils Warschau, teils Wien. Auf der Bahnhofstation herrscht reges Leben. Das Dienstpersonal besteht größtenteils aus Russen.

## Vermischte Kriegsnachrichten.

### Einspruch gegen die amerikanische Waffenlieferung.

Berlin, 15. April. Laut einer Meldung der königlichen Zeitung aus Amerika ist die Antwort auf die Note Deutschlands, worin aussere gegen die Lieferung von Kriegsmaterial für die Alliierten Einspruch erhoben wird, am 10. April nach Berlin telegraphiert worden. Der Inhalt werde nicht bekanntgegeben werden, bevor der amerikanische Botschafter in Berlin sie dem Auswärtigen Amt überreicht habe.

Wie der Berliner Lokalanzeiger englischen Blättern entnimmt, hat die neueste an Nordamerika gerichtete deutsche Note gegen die Waffenhandlung folgenden Inhalt: Die Vereinigten Staaten seien, so schreibt Graf Bernstorff aus, die einzige Nation, die Waffen und Kriegsmaterial auszuholzen imstande sei. Diese Tatsache verleiht dem Neutralitätsbegriff eine neue Bedeutung. Eine neue Bedeutung siehe, abgesehen vom formellen Recht, mit dem wahren Geiste der Neutralität in Widerspruch. An den Vereinigten Staaten sei eine gewaltige neue Industrie für Anfertigung von Kriegsmaterial entstanden. Nicht nur würden bestehende Fabriken mit Aufträgen überdrüßt und fortwährend vergrößert, sondern es werden immer neue Fabriken errichtet. Wenn die amerikanische Nation wahre Neutralität beobachten wollte, müßte sie Mittel finden, die ausschließliche Ausfuhr von Kriegsmaterial nach den Entente-Ländern zu verhindern, oder sie sollte wenigstens durchsetzen, daß demgegenüber auch der gesetzähnliche Handel mit Deutschland besonders in Nahrungsmittelein nicht behindert würde.

London, 14. April. Die Times bringen ein Telegramm aus Nordamerika, wonach Erzbischof Möller von Cincinnati gesagt habe, der erste Schritt zum Frieden müsse ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial sein.

### Ein feindlicher Flieger über dem Schwarzwald.

Karlsruhe, 15. April. Ein feindlicher Flieger überflog am Dienstagvormittag mehrere Ortschaften des südlichen Schwarzwaldes und warf über Städte vier Bomben ab, wovon zwei beträchtlichen Gebäudeschaden anrichteten.

### Der Dardanellenangriff eingestellt.

London, 14. April. Die Daily News aus Tenedos melden, wird eingeräumt, daß der Angriff auf die Dardanellen vorläufig infolge der Stärke der Dardanellenfors und der ausgezeichneten Treffsicherheit der Türken eingestellt sei. Die Flottleitung hofft schließlich ihr Ziel doch noch zu erreichen.

### Truppenausfahrtungen in Kairo.

Mailand, 14. April. Der Secolo berichtet über schwere Ausfahrtungen der australischen Truppen in Kairo. Am Karfreitag hatten etwa 10 000 Freiwillige aus den Lagern Urlaub nach Kairo erhalten. In dem wegen der vielen verrufenen Häuser verachteten Stadtviertel Es-Schahat entstand aus schrankenlosem Übermut und Ausgelassenheit ein Zustand, der einen schrecklichen Umfang annahm. Die Polizei schreit ein und es kam zu einem richtigen dreitägigen Kampf, wobei es Tote und Verwundete gab. Am Ostermontagabend brachen neue Unruhen in Kairo aus. Freiwillige, denen der Urlaub verworfen wurde, zerstörten zwei große Kasernen. Wieder entstand ein Kampf mit der Polizei. Ein Teil der in Kairo lagernden Truppen wurde daraufhin verlegt.

## Deutschland.

### Keine Erweiterung der Landsturmfpflicht.

Wie mehrere Berliner Blätter haupten, seien die im Publikum umlaufenden Gerüchte über eine angeblich beabsichtigte Erweiterung der Landsturmfpflicht unbegründet. Von einer gesetzlichen Neuregelung der Landsturmfpflicht sei keine Rede.

Die Erweiterung des Alters wird fortgelegt. Die Berliner Brauereien haben den Preis für Bier um 7 Alt. hinaufgesetzt, jetzt wollen sie die Steuer auf 10 Alt. für den Getränke erhöhen. Diese Ausweitung des Publikums findet selbst in der bürgerlichen Presse Widerspruch; so schreibt die Tageszeitung: „Das Gast-



wirtschaftswirke wird sich natürlich beeilen, auch diese Preiserhöhung auf das breiteste Publikum abzuwälzen. Danach dürfte es soweit kommen, daß Münchner Bier in Berlin billiger ist als das in Berlin gebraute, denn es ist leinesfalls anzunehmen, daß die Münchner Brauereien dem Beispiel der Berliner folgen werden. Die Berliner Brauereien scheinen es darauf abgesehen zu haben, den Bierzettel gänzlich zu verleben. Sie sollten aber bedenken, daß es nicht leicht sein wird, in Friedenszeiten wieder zu erlangen, was im Kriege verloren gegangen ist, namentlich bei einem Genuss, das nicht unentbehrlich ist."

## Großbritannien.

### Die parlamentarische Lage.

Manchester, 15. April. Der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian schreibt: Man erwartet für die allgemeine Zeit eine Erklärung über den Zeitpunkt der nächsten Wahlen. Zwei Möglichkeiten werden in Betracht geogen. Die erste wäre eine formelle Wahl, die den bisherigen Bestand nicht verändern und welcher nach dem Kriege eine richtige Parteiwahl folgen würde. Die zweite Möglichkeit wäre die Anehnzung des parlamentarischen Abschnitts bis zum Ende des Krieges. Ein dritter Ausweg wäre der, die Wahlen trotz des Krieges in normaler Weise abzuhalten. Dieser Ausweg hat jedoch wenige Anhänger, und auch die formelle Wahl unter dem Schutz des zwischen den Parteien geschlossenen Waffenstillstandes würde auf Schwierigkeiten stoßen, da einige Gruppen der Wählerchaft sich weigern, die Abmachungen der Parteien einzuhalten. Premierminister Asquith hat sich bisher jeder Andeutung darüber enthalten, welchen Weg er einzuschlagen gedenkt.

## Italien.

### Ein Massenstreik als Protest gegen Polizeiauschreitungen.

Mailand, 14. April. (Meldung der Agenzia Stefani.) Während der Kundgebungen am vergangenen Sonntag wurde ein Manifestant, anscheinend durch die Stockschläge eines Polizisten, verletzt. Der Verletzte starb später zu Hause. Eine Untersuchung wurde veranlaßt. Die sozialistischen Vereinigungen proklamieren als Protest einen 24stündigen Generalstreik, der heute anlässlich der Belebung des Manifestanten stattfindet. Der Belebung wohnt eine große Menschenmenge bei. Die Kundgebung verlief ohne schwere Zwischenfälle. Nur ein Teil der Menge wollte sich nach der Belebung trotz des Verbots zum Domplatz begeben, fand diesen jedoch abgesperrt. Abends herrschte wieder Ruhe.

## Portugal.

### Befreiung von Monarchisten.

Lissabon, 15. April. In Lissabon veranstalteten gestern die Republikaner und Unionisten eine Kundgebung für die Regierung. Zahlreiche Offiziere, die unter dem Verdacht, monarchistische Meine zu vertreten, verhaftet worden sind, wurden jetzt wieder in die Arme eingesetzt. Dem Hauptbeteiligten Alava Concalvo wurde die Strafe erlassen, unter gleichzeitiger Verfungung in die Aktivität. — Das Kriegsgericht stellte gestern das Urteil über die Verschwörer von 1913. Zahlreiche von ihnen wurden freigesprochen, einige zu sechs Monaten bis vier Jahren Gefängnis oder zur Verbauung bis zu fünf Jahren verurteilt.

## Amerika.

### Eine Revolution in Domingo.

Puerto, 14. April. Hieraus meldet: Der Kreuzer des Molines geht nach den Gewässern vor Domingo ab, da in der dominikanischen Republik eine neue Revolution ausgetragen sei.

## Krieg und Wirtschaftsleben.

### Über die Lage der Industrie in Belgien

bringt die Frankfurter Zeitung einen längeren Artikel, in dem u. a. aufgeführt wird, daß die Kohlenförderung bereits wieder auf die Höhe der Friedensleistung gestiegen ist. Fast zwei Drittel der Bergarbeiter seien wieder tätig; doch seien die Zustände noch immer sehr mangelhaft, denn im Hennegan allein seien eine halbe Million Unterstellungsbedürftige vorhanden. Weiter heißt es in dem Artikel:

Die Bergarbeiter sind jeden zweiten oder dritten Tag nur beschäftigt, die Glasarbeiter, deren es 40 000 gibt, seien nahezu alle, was bei einer Industrie euklärt ist, die zu neun Zehntel ihrer Produktion auf Export angewiesen ist. Kein Hochofen brennt, nur drei Kokereien sind im Betrieb und liefern ein Viertel der Friedensarbeit; die Glassindustrie in Lüttich ruht gänzlich, die Stahl- und Eisenwerke stehen am Ende ihrer Kapazität und die Steinbrüche, vor allem in Bainage, bei denen sonst 30 000 Menschen tätig waren, haben erst seit kurzem eine geringe Beschäftigung, da die Militärverwaltung an die Ausbeutung der beschädigten Straßen gehen will. Hier steht nun die Wohlältigkeit ein, gezeigt auf den amerikanischen Lebensmittelimpfen, organisiert in dem Comité National de Sécurité et d'Alimentation, das bis Mitte Januar fast 150 000 Tonnen Lebensmittel ins Land gebracht hat. Spätestens geht es natürlich trocken zu; in Charleroi z. B. gibt es täglich pro Kopf 100 Gramm Brot, während früher der Durchschnitt 750 Gramm war; und dabei muß man immer mit Pausen in der Einfuhr rechnen, dank der englischen Minengefahr und der Raunenhaftheit, mit der man in England Transporte bald durchstört, bald zurückhält. Selbstverständlich hat man in London die Verpflegung der belgischen Bevölkerung mit Petroleum verbunden und dadurch dem armen Verbliebenen einen neuen Schlag versetzt; der schlimmste war, daß London Zahlungen nach Belgien (an Privatleute, also keineswegs dem deutschen Zugriff preisgegeben) verbot, während der "Feind" Deutschland die belgischen Guthaben seit dem 1. Februar freigab."

## Aus der Partei.

### Der erste Mai.

Die in Betracht kommenden zentralen Körperschaften empfehlen den Organisationen, angehörte der besonderen Verhältnisse von der Arbeitsruhe in diesem Jahre abzusehen. Es werden demnach die Parteizulassungen am 1. Mai d. J. erscheinen. Besondere Maibeschräge werden nicht erhoben. Wo Säle zur Verfügung stehen, sollen abends Mitgliederversammlungen veranstaltet werden. Eine besondere Maizitung wird nicht herausgegeben.

### Zu den Parteivieren in Württemberg.

Die Schwäbische Tagwacht berichtet: Die Entscheidung des Parteivorstands, die dahin geht, daß als Mitglied der deutschen Sozialdemokratie nur anzusehen ist, wer einer der bestehenden Kreisorganisationen angehört und durch diese mit der Landesorganisation und der Kompartei verbunden ist, hat am letzten Donnerstag die Billigung des deutschen Partelauschusses mit allen gegen eine Stimme gefunden. Damit ist nun die neue Landeskommission auch von der Körperschaft, in welcher die Parteorganisationen des ganzen Deutschen Reichs vertreten sind, als außerhalb der Partei stehend erklärt. Der Auschuss hat vor seiner Entscheidung Mitglieder der Landeskommission gehört."

## Der Kongreß der P. C. P.

Wir haben schon kurz über den Osterkongreß der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei (P. C. P.) in Norwich berichtet. Nach dem jetzt vorliegenden ausführlichen Bericht des Labour Leader sind die Verhandlungen eindrucksvoll verlaufen; es ergab sich die völlige Übereinstimmung über die bisherige und die künftige Politik der Partei: Gegen die Beteiligung der englischen Regierung am Weltkrieg, für die Wiederherstellung eines dauernden Friedensstaates, für die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zwischen den sozialistischen Parteien aller Länder. Ein Begrüßungsschreiben des Organisationskomitees der russischen sozialdemokratischen Partei stellt fest, daß die Mehrheit der russischen Sozialisten sich gegen den Krieg erklärt hat, nur eine kleine Minorität habe sich von dem Geschäft blenden lassen, daß der preußische Militarismus niedergeworfen werden sollte. Die P. S. P. (Britische Sozialistische Partei) hatte ein Schreiben gesandt, worin die Beauftragung Edmunds, die P. C. P. habe für ihre kriegsfürdliche Stellung Geld erhalten, bedauert wird. Der Kongreß begrüßte diesen Schreiben als ein Zeichen der beginnenden festeren Beziehungen zwischen den beiden Organisationen. Die britische Sozialdemokratische Organisation begrüßte die P. C. P. als den Stolz der ganzen Internationale und wünschte der Partei Erfolg für ihren Friedensfeldzug und für ihre Anstrengungen, die Internationale wiederherzustellen.

Den größten Teil der Verhandlungen nahm die Aussprache über die Friedensfrage ein. Das dazu angenommene Programm haben wir bereits mitgeteilt. In einer Resolution wird angesprochen, daß die P. C. P. sich mit den Sozialisten der anderen Länder in Verbindung setzen soll, um diesen Krieg zu Ende zu bringen und die Internationale auf eine dauerhafte Grundlage wiederherzustellen. Mit 248 gegen 9 Stimmen wurde einer Resolution zugestimmt, worin die Teilnahme der Arbeiterpartei an dem Rekrutierungsfeldzug genehmigt wird. Die Vertreter der P. C. P. auf dem Kongreß der Arbeiterpartei wurden beantragt, die Aufmerksamkeit auf die Stellung der Arbeitervertreter im Parlament zum Krieg zu lenken.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Lohninkommen und Lebensmittelpreise.

Bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen rechtfertigt es sich durchaus, wenn die Arbeiter Leistungszulagen verlangen. Ramentechlich Angestellte und Stundenlohnarbeiter hätten während der Kriegszeit keine Gelegenheit, höheren Verdienst zu erzielen, im Gegenzug zu den in der Kriegsindustrie beschäftigten Altarbeitern, die die gute Konjunktur vielfach ein wenig ausnutzen konnten.

Der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter bemüht sich daher, für seine Mitglieder Leistungszulagen zu erlangen. In einigen Gemeinden wurde solchen Anträgen stattgegeben, andere lehnen sie ab. So wurde in Neudölln der Antrag der städtischen Arbeiter auf Gewährung einer Leistungszulage von wöchentlich 3 Mt. im Sonderanschluß für die Regelung der Gehälter gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder abgelehnt, nachdem sich sowohl der Magistrat wie die Lohnkommission für Ablehnung ausgesprochen hatte. Für die Ablehnung war in erster Linie die Kostfahrt der Lohnkommission maßgebend, daß es bei den augenblicklichen Löhnen möglich sei, genügend Arbeitskräfte zu erhalten. Die Frage der Rente wurde mit dem Hinweis abgetan, daß augenblicklich alle Kreise, auch die wohlhabenden, sich Einschränkungen auferlegen müßten. Man müsse also auch von den städtischen Arbeitern Opfer verlangen.

Der Antrag auf Gewährung einer Leistungszulage war durch die Aussicht eines Wochenhaushaltsetats eines städtischen Arbeiters gut begründet worden. Dieser Wochenhaushaltsetat steht so aus:

Die Familie besteht aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 4 bis 8 Jahren. Der Lohn beträgt wöchentlich 30 Mt. Der Arbeiter steht länger als 10 Jahre in städtischen Diensten. Die Ausgabe beträgt

für Brot . . . . .	4.75 Mt.
" Kartoffeln . . . . .	2.25 "
" Fleisch . . . . .	3.50 "
" Margarine . . . . .	1. — "
" Schmalz . . . . .	1.50 "
" Obst und Früchte . . . . .	1.50 "
" Salz . . . . .	—.15 "
" Gemüse . . . . .	1.20 "
" Hülsenfrüchte . . . . .	—.50 "
" Milch . . . . .	1.40 "
" Kaffee, Tee, Zigaretten . . . . .	.90 "
" Butter . . . . .	—.25 "
" Gewürz . . . . .	—.10 "
" Brot . . . . .	1.40 "
" Steuer und Miete . . . . .	9.05 "
" Feuerung . . . . .	1.80 "
" Verband . . . . .	—.80 "
" Krankenkasse . . . . .	—.92 "
Summa . . . . .	22.57 Mt.

Somit ergibt sich ein Defizit von 2.57 Mt. pro Woche. Dabei ist zu bemerken, daß keinerlei Rücklagen für Renauhaushaltungen und Ergänzungen in Kleidung, Wäsche, Wirtschaftsgegenständen gemacht sind. Ausgaben für Bier, Zigarren, Fahrgelder und Zeitungen sind ebenfalls nicht enthalten.

Dieser Wochenhaushaltsetat wurde als richtig anerkannt, es wurde auch festgestellt, daß etwa 50 Proz. der Arbeiter nur 27 Mt. Wochenhaushaltsetat haben; trotz allem erfolgte die Ablehnung.

Die Stadtverwaltung in Koblenz beschloß, die für die Wintermonate bewilligte Leistungszulage für die Dauer des Krieges an die städtischen Arbeiter weiter zu zahlen. Die Zulage beträgt für verheiratete Arbeiter täglich 30 Pf., für ledige Arbeiter 20 Pf.

Die Gemeindearbeiter in Trepow bei Berlin haben beschlossen, dem Gemeindevorstand einen Antrag auf Zahlung einer Kriegsleistungszulage von wöchentlich 8 Mt. zu überreichen.

### Unterm Burgfrieden.

In Erkrath, einer Landgemeinde im Kreise Düsseldorf, wollte der Deutsche Metallarbeiterverband am Freitag eine Versammlung der Arbeiter eines dortigen Werks, in dem Differenzen auszubrechen drohten, abhalten. In Erkrath wohnen die Mitglieder des Verbands mächtig, während die Versammlung fest, während die Verhandlungen im Saal des Hotel zur Post für die Versammlung fest, während die unterm Verhandlungszustand vor geschriebene Versammlungsdammlungen bei der Erkrather Polizeibehörde schriftlich vom Düsseldorfer Verbandsbüro aus erfolgt. Am Freitag vormittag erhielt nun der Beamte des Verbands, Genosse Bergel, vom Besitzer des Hotel zur Post folgendes Telegramm:

Herrn Bergel, Wallstr. 10, Düsseldorf.

Da der Verband doch sozialdemokratischen Tendenzen huldigt, kann ich die Versammlung in meinem Saal nicht dulden, um mich mit der Behörde nicht zu verfeinden. Ich. Dieb.

Bezeichnend in diesem Halle ist gewiß, daß Herr Dieb den Genossen Bergel gar nicht kennt, wohl aber war der Polizei die Adresse Bergels als Versammlungs anmelder bekannt. Erkrath war vor dem Kriege einer jener Orte im Wahlkreis Düsseldorf, in dem die Bekämpfung der Sozialdemokratie nach bekanntem ostpreußischem Muster geführt wurde. Vor Jahren schon wurde diese Bekämpfungskarte in einem damals kleinen erregenden Prozeß grell beleuchtet. Das bekannte Wort: „Ich kenne keine Partei mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, scheint an diesem Erkrather Geist nichts geändert zu haben.

## Ein Vorkott-Prozeß.

Die 5. Strafsession des Landgerichts I Berlin hatte sich am Freitag mit einem Vorkott zu beschäftigen. Im Mai v. J. stand bei der Großbetriebsfirma Hanke u. Co. Angabe Goldacker u. Weitner, wegen Lohndifferenzen ein Gesetzstreit statt. Die Firma unterhält in den verschiedenen Teilen Groß-Berlins Werkstätten. Die Gesellen forderten durch Plakate und Zettel, die auf den Straßen verteilt wurden, die Bewohner Berlins auf, bei der Firma Hanke u. Co. nicht zu kaufen. Gegen den weiteren Vortragserklärung, Vater Otto Scholl, wurde Anklage wegen groben Unfugs und Beleidigung erhoben. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte Scholl zu drei Tagen Gefängnis. Der Verleidiger, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinen, legte Berufung ein. Die Strafsammer ermächtigte die Strafe auf 45 Mt. Geldstrafe. Anfang eingeleitet Neukonkurrenz wie der Strafzettel des Kammergerichts die Sache an die zweite Instanz zurück, vor welcher nun nochmals verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte, daß bei der Strafe der 2. Instanz zu belassen, während der Verteidiger geltend machte, daß weder grober Unfug noch Beleidigung vorliege, im übrigen aber der Strafantrag fehle. Nach langer Prüfung stellte die Richter fest: Es erkläre in der Zettelverteilung weder einen groben Unfug, noch eine Belästigung des Publikums. Es könnte fraglich sein, ob nicht die Platzaufführung der Zettel an den Häusern als grober Unfug oder als Belästigung angesehen werden können. Der Gerichtshof hat aber nicht feststellen können, daß der Angeklagte die Platzaufführung verabsudelt habe. Eine Beleidigung gegen die Inhaber der Firma liege zweifellos vor; es hätte eine Bestrafung erfolgen müssen, wenn ein Strafantrag rechtzeitig gestellt worden wäre. Dies ist nicht geschehen, deshalb hat der Gerichtshof auf Einstellung des Verfahrens erkannt und der Staatsanwalt die Kosten aufgelegt.

### Lohnhöhungen für die Hasen- und Speicherarbeiter.

Auf Ansuchen des Transportarbeiterverbands haben eine Anzahl Speicherbesitzer in Anbetracht der allgemeinen Verkürzung aller Bedarfsarten den Arbeitern eine Lohnzulage gewährt. Der Stundenlohn beträgt jetzt 65 bis 70 Pf. Mit einigen Betrieben wird noch verhandelt.

### Eine Ausperrung der Bauarbeiter in Norwegen.

Seit mehreren Wochen befindet sich der norwegische Maurer- und Zimmermannsverband in einer Tarifbewegung, die sich über die hauptsächlichsten Städte des Landes erstreckt. Die Verhandlungen, von denen man annehmen konnte, daß sie zu einem günstlichen Vergleich führen würden, haben sich plötzlich derartig verschärft, daß, wenn nicht in letzter Stunde noch eine Verständigung erzielt worden ist, die organisierte Bauarbeiterchaft Norwegens in eine Ausperrung hineingerissen wäre. Die Bauteilung in Norwegen wird von dem Vorstand des Maurerverbands als gut bezeichnet. Dennoch war die Verhandlungskommission der Arbeiter erstaunt bemüht, eine Verhandlung mit dem Unternehmerverein herzustellen, um nicht zu den Störungen, die der Weltkrieg in anderen Industriegruppen des neutralen Landes hervorgerufen hat, noch eine neue hinzuzufügen. Sie rechnete allerdings dabei auf ein Entgegenkommen des Unternehmervereins. Bis zum 10. März war man über das Stadium der allgemeinen Verhandlung nicht hinausgekommen. Am 20. März wurde von Unternehmerverein das Angebot gemacht, die bereits geschlossenen Verträge auf ein Jahr zu verlängern und für einen Teil eine Stundenlohnzulage von zwölf Dritteln einzugehen. Auf Arbeitseite war man geneigt, darauf einzugehen. Nur für die Stadt Kristiania selbst konnte man sich mit dieser Lösung nicht einverstanden erklären, da hier die Konjunktur besonders gut und die Löhne im Verhältnis zu dem zu machenden Aufwand für Wohnung und Lebensmittel noch sehr gering sind. Die Verhandlungskommission beschloß dann auch, die Kündigung des Tarifvertrags für die Maurer, Stukkateure, Hilfsarbeiter und Bewegliche in Kristiania aufzukreuzen. Dieser Beschluß erzeugte eine Verschärfung der Gegenseite; der Unternehmerverein antwortete mit der Kündigung aller übrigen Tarifverträge in der Bauindustrie.

Die Kündigungsliste ist bereits am 10. April abgelaufen. Mit diesem Tage ist die Ausperrung der Bauarbeiter in Norwegen perfekt geworden. In Betracht kommen Maurer, Stukkateure, Hilfsarbeiter und Stukkateure in den Städten Kristiania, Bergen, Trondhjem, Drammen, Fredrikstad und Hamar.

### Arbeiterausstand in Genua.

Nach einer Meldung der Neuen Zürcher Zeitung sind sämtliche Kohlenauflader in Genua in den Ausstand getreten.

### Beendigung des Genfer Bäderstreits.

Der Genfer Bäderstreit ist beendet. Die Meister haben zugesagt, daß der von ihnen getaktigte und mit dem 15. März abgelaufene Tarifvertrag wieder in Kraft gesetzt wird und während der Kriegsdauer aufrechterhalten bleibt.

### Küchenzettel der Städtischen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (Gebäckküche 9):  
Speiseausgabe: Freitag und Sonntag mittags von 11 Uhr an.  
Speiseanstalt II (Zwiebackküche 24):  
Speiseausgabe: Freitag und Sonntag mittags von 11 Uhr an.  
Speiseanstalt III (Brotküche 18):  
Speiseausgabe: Freitag und Sonntag mittags von 11 Uhr an.  
Speiseanstalt IV (Brotküche 24):  
Speiseausgabe: Freitag und Sonntag mittags von 11 Uhr an.  
Speiseanstalt V (Wursterei Str. 10):  
Speiseausgabe: Freitag und Sonntag mittags von 11 Uhr an.  
Speiseanstalt VI (Wurstküche 12):  
Speiseausgabe: Freitag und Sonntag mittags von 11 Uhr an.  
Speiseanstalt VII (Wurstkü



## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. April.

**Geschichtsalender.** 15. April 1650: Der Dichter Simon Dach zu Königsberg i. Pr. gestorben (\* 1605). 1707: Der Geschichtsschreiber Louis Adolphe Thiers in Marseille geboren († 1877). 1882: Wilhelm Busch in Wiedensahl geboren († 1908). 1888: Joseph Diepgen in Chlaga gestorben. 1907: Der Dichter Adolf Stern in Dresden gestorben (\* 1855).

Sonnenaufgang: 5,7. Sonnenuntergang: 8,55.  
Wondaugang: 4,55 vorm. Wonduntergang: 8,36 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. April.

Schwache Ostbewegung, wechselnde Bewölkung, nachts kühl, tagüber wärmer, vorwiegend trocken.

## Aus dem Stadtparlament.

Die zu erwartenden Steuerbeschlüsse zogen gestern viele Zuhörer herbei, so daß die Tribüne belegt war wie an Tagen, an denen ganz außergewöhnliche Dinge verhandelt wurden. Die Zuhörer kamen gestern auf ihre Rechnung, denn der Redekampf zwischen den Stadtvätern, die nur 140 Prozent und denen die 145 bewilligen wollten und dem Rat, der 150 forderte, wogte lange hin und her, wobei sowohl die augenscheinliche wirtschaftliche Lage und die Steuerkraft als auch die Steuer- und Finanzpolitik der letzten Jahre beprochen wurde. Der Referent über die Steuervorlage, Kommerzienrat Tobias, ist der Meinung, daß nach dem gegenwärtigen Finanzstand ein Steuerfaz von 140 Prozent genüge, wenn den Anträgen zugestimmt werde, daß den verschiedenen Fonds in diesem Jahre keine neuen Mittel zugeführt würden, außerdem die im vergangenen Jahre aus veränderten Verhältnissen beschlossenen 750 000 Mark für den Schulbaufonds dem Betrieb wieder zugeschoben würden. Ebenso sollte die Summe, die für das Armenamt aus dem Betrieb nachbewilligt wurde, auf Anleihe genommen werden, so daß zwar, wenn diese Verschiebungen vorgenommen würden, bei 140 Prozent noch ein Defizit von 200 000 Mark bleibe, aber in einem Haushalte wie dem Leipziger würde sich diese Summe „schon irgendwo finden“. Den geringen Steuerertrag erwartet Herr Tobias um deswillen nicht, weil der Einschätzungen die Einkommen aus den Jahren 1911 bis 1913 zugrunde gelegt werden. Eine andre Frage ist es, ob die Steuerzahler die Steuern aufbringen können. Herr Tobias wies selbst darauf hin, daß die Geschäftsmänner, die im Felde stehen, ihr Geschäft verlassen müssten, nicht in der Lage sein werden Steuern zu zahlen; ebenso ist es mit der großen Zahl von Arbeitern und Angestellten. Anders stehen die Dinge bei den Beamten, deren Gehalt neben den erhöhten Bezügen vom Militär weitergeht; dann bei den Angehörigen der Kriegsformation, die in der Heimat Dienst tun, bei ihrer Familie bleiben, ihre Gehalte aus dem Privatleben weiter beziehen, die Gehalte vom Militär bekommen, und die nach dem Buchstaben des Gesetzes keine Steuern zu zahlen brauchten. Es sind mehrere Beispiele angeführt worden. Ein Fabrik oder Bankdirektor oder Beamter, der Militärdienst tut, erhält das für den Krieg bestimmte Gehalt. Daneben geht sein Gehalt aus seiner Privatstellung weiter. Dieser braucht keine Steuern für sein Einkommen (Gehalt, Tantiemen, Zinsen) zu zahlen. Dies wird als Unrecht empfunden, weshalb das Oberverwaltungsgericht angerufen wurde. Dazu meint Herr Tobias, es sei zu erwarten, daß das Oberverwaltungsgericht sich nicht an den starren Buchstaben klammern, sondern nach modernem Grundsätzen Recht sprechen werde. Der Auffassung von Tobias stimmte Herr Anschütz und beantragte, 400 000 M. aus dem Schulbaufonds dem Betriebe wieder zuzuführen. Dieser Antrag wurde dann freilich abgelehnt. Nun zog Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich vom Ledet, um wenigstens zu retten, was zu retten war. Er warnte, wie schon im Ausschuß eindringlich davor, Fonds anzugreifen, dazu sei dann noch Zeit, wenn keine andern Mittel mehr zur Verfügung ständen. Dem Rat sei es auch nicht leicht geworden, den Steuersatz um 30 Proz. zu erhöhen. Betrachte man aber die Finanz- und Wirtschaftslage, dann gebe es keinen Ausweg, da man voraussichtlich trüben Jahren entgegengehe. Dann fragte er Herrn Tobias wegen dessen Bemerkung, daß man verschiedene Fonds Mittel entnehme, in denen nichts sei, 150 Proz. sei nicht zu hoch, wenn man die voraussichtlich geringen Erträge berücksichtige. Er deutete an, daß es da sehr wahrscheinlich Überraschungen geben werde. Herr Meiner wandte sich nun dagegen, daß nur 140 Prozent beschlossen worden waren, und beantragte, daß 145 Prozent erhöhen werden sollten.

Genosse Pöllendorf meinte, daß ihm der vom Finanzausschluß gefasste Beschluß zeige, daß für die leistungsfähigen Einwohner das Steuerzahlen eine höchst unangenehme Beschäftigung sei. Unser Genosse wies dann mit Nachdruck darauf hin, daß der wirtschaftliche Rückgang groß sei, was einen Steuerausfall herbeiführe; ebenso müßte berücksichtigt werden, daß die für die Kriegsunterstützung aufgenommene Anleihe eine Million Zinsen erfordere. Man dürfe aber nicht am unrechten Ort sparen, namentlich nicht da, wo es die Erhaltung der wirtschaftlich Schwachen gelte, auch die Mittel für die nötigen Kulturaufgaben müßten geschaffen werden. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte deshalb für den Meinerschen Antrag. Dieser wurde darauf mit 31 gegen 28 Stimmen angenommen, der des Herrn Dr. Anschütz abgelehnt und im übrigen den Ausschlußanträgen zugestimmt. Die Steuerdebatte war in diesem Jahre sehr sachlich und in der Form sehr mäßig; ob sie in den künftigen Jahren so geführt werden wird, ist sehr zweifelhaft.

Eine andre Debatte wurde geführt um eine Eingabe der Leipziger Architekten, die von der Stadt eine weitgehende Unterstützung selbst auf Kosten des Hochbauamts verlangen. Die Ausschüsse beantragten, die Eingabe dem Rat zur Erwägung zu überweisen. Genosse Krössin unternahm es dann den Schleier von dem scheinbar berechtigten Verlangen der Herren zu ziehen. Im Ausschuß hätten zwei dem Berufe angehörige Mitglieder Ausschreibungen gemacht, die darauf hinausließen, das Hochbau-

amt fälligzustellen, Beamte desselben zu entlassen, damit die Stadt Privatarchitekten Beschäftigung geben könne. Die Herren Architekten beriefen sich auf ihre Kulturtätigkeit, das hätten sie aber mit andern Bevölkerungsschichten gemein und berechtigte sie nicht zu einer Bevorzugung durch die Stadt. Wenn sie sagten, daß es ihnen schlecht gehe, so teilten sie das Schicksal derer, denen es immer schlecht gehe. Waren sie Getreide- oder Kartoffelspekulanten geworden, so ginge es ihnen allerdings besser. Weil so weitgehende Absichten hinter der Eingabe steckten, könne die sozialdemokratische Fraktion dem Antrage nicht zustimmen. Gegen deren Stimmen wurde der Antrag dann angenommen. Gegen deren Stimmen wurde der Antrag dann angenommen. Gegen deren Stimmen wurde der Antrag dann angenommen. Gegen deren Stimmen wurde der Antrag dann angenommen.

Der öffentlichen folgte dann noch eine längere geheime Sitzung.

## Gehaltskürzungen und Entlassungen im Handelsgewerbe.

Als beim Ausbruch dieses Weltkriegs der Vertrieb völlig unterblieben war und alle Verkehrsmittel dem Transport der Truppen dienten, gerieten Handel und Industrie ins Stocken. Große industrielle Werke wurden stillgelegt und Handelsbetriebe geschlossen. Erst im Laufe mehrerer Wochen stand man sich in der veränderten Lage zurecht. Die Industrie übernahm Übernahmen und der Handel suchte innerhalb der Panzerbegrenzung das Feld seiner Tätigkeit. Ministerien und Handelskammern erließen Anträge und Verordnungen, die Maßnahmen enthielten, wie der Geschäftsbetrieb aufrecht erhalten werden könnte. Unter anderm wurde man sich gegen die Entlassungen von Angestellten und empfohl Vereinbarungen, wonach die Handlungsgesellschaften bei gekürztem Gehalt und kürzerer Arbeitszeit für die Dauer des Krieges weiter beschäftigt werden sollten. Solche Vereinbarungen sind auch in vielen Fällen getroffen worden. Allerdings haben manche Unternehmer den Gehalt gekürzt, ohne eine geringere Arbeit zu fordern. So, ob hat Angestellte gegeben, die für gekürzten Gehalt mehr leisten müssten, als in normalen Zeiten.

Die Vereinbarungen lagen ebenso im Interesse des Unternehmers wie der Schiffen. Die Angestellte hielten, ob moralische oder gesetzliche Kündigungsfrist vereinbart war, bis zum 31. September sollen Gehalt fordern können. Dadurch wäre der Bestand mancher Geschäfte gefährdet gewesen. Der Unternehmer behielt auch sein eingearbeitetes Personal. Im Laufe der Monate haben sich die geschäftlichen Verhältnisse gebessert. Die Handlungsgesellschaften bezahlen zum Teil wieder volles Gehalt. Und nun glauben Unternehmer, wie sie sich über die Vereinbarungen, die sie am Anfang des Kriegs, als auch sie in Not waren, getroffen haben, hinwegsezten zu können. Sogar Unternehmer, die immer noch nur die Hälfte des fristigen Gehalts zahlen, entlassen jetzt ihre Angestellten ohne Rücksicht auf den Krieg und die Vereinbarung.

Dieses verunsichrende Verhalten der Unternehmer hat nun schon mehrere Kaufmannsgerichte beschäftigt. Soweit uns bekannt ist, haben alle Kaufmannsgerichte, da sie den Unternehmer nicht zur Wiedereinstellung des Handlungsgeschäfts zwingen können, im Urteil ausgesprochen, daß dem entlassenen Angestellten der gekürzte Gehalt nachgezahlt werden muß. Dem Hamburger Kaufmannsgericht lag eine solche Klage vor. Der Handlungsgesellschafter hat jedoch Nevers unterschrieben:

Von der Erklärung der Kunststille W. Sch., nach der durch den Kriegsausbruch geschaffene Vorräte solange wie irgend möglich in kleinen Stückchen und Bröckchen, wenn auch in reduzierter Höhe, zu verkaufen, habe ich Kenntnis genommen und bin in Anerkennung dieser Maßnahmen einverstanden, daß vom 1. September 1914 an an Stelle der vormaligen Kündigungsfrist die gesetzliche Mindestkündigungsfrist von 1 Monat per Monatsablauffrist tritt.

Ende September kündigte der Unternehmer schon für Ende Oktober und zahlte nur für beide Monate die Hälfte des Gehalts. Das Kaufmannsgericht verurteilte ihn zur Zahlung des vollen Gehalts, weil erstmals eine Kündigung um die Hälfte nicht vereinbart war, und weil seiner der Angestellte nicht unterschrieben hätte, wenn ihm gesagt worden wäre, daß ihm zum nächsten zulässigen Termint gekündigt würde. Verträge juist so auszulegen, wie Kreußen und Gläubiger auf die Verhältnisse es erfordern (§ 157 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Das Kaufmannsgericht Charlottenburg hatte in einer ähnlichen Klage zu entscheiden. Eine Verkäuferin hatte folgenden Schein unterschrieben:

„Aufsche des Kriegsausbruchs ist in unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ein völliger Stillstand eingetreten, deswegen die schwersten Opfer ansteckt, wenn wir gleichwohl unsre Geschäfte fortführen wollen.“

Wir sind daher gezwungen, an Sie mit dem Ergebnis heranzutreten, und die Aufrechterhaltung unseres Geschäftsbetriebs dadurch zu ermöglichen, daß Sie sich mit einer am 15. August d. J. in Kraft tretenden Kürzung Ihres Gehalts um 10 bezw. 20 Prozent einverstanden erklären.“

Von ihrem Gehalt waren ihr im August 6,50 M., im September 13 M. und im Oktober 6,50 M. gekürzt worden. Dann kam sie wieder volles Gehalt. Am 15. Januar wurde sie wegen einer angeblichen Verziehung fristlos entlassen. Nun forderte sie neben dem Gehalt für die Kündigungsfrist die Nachzahlung der gezahlten 20 M. Der Unternehmer wurde auch verurteilt, den Gehalt für die Kündigungsfrist zu zahlen, weil sein Grund zur Entlassung vorlag. Auch die gefürchteten 20 M. wurden der Klägerin angeprochen. In den Gerichten wurde dazu ausgeschaut, daß Gehaltserhaltungsabreden wegen des Kriegsausandes nach § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dahin auszulegen sind, daß der Gehalt nur dann einwilligt, wenn ihm dafür für die Dauer des Kriegs oder doch auf eine absehbare Zeit der Verbleib in seiner Stellung angelernt wird. Der Unternehmer könne nicht die Vereinbarung außer Kraft setzen, wenn sich seine Lage geändert habe. Er hat seit November wieder volles Gehalt zahlen können. Für die Angestellten, besonders für die weiblichen, sei die schwierige Lage längst nicht vorüber, wie das Verhältnis der Stellenlosen an den offenen Stellen beweise.

Das Kaufmannsgericht Leipzig ist nun unter Vorstoss des Stadtamtmanns Dr. Niedlich dieser Rechtsprechung beigetreten. Beim Kaufwarenhändler Kunin war der Lagerherr A. bei 80 M. Monatsgehalt beschäftigt. Zum Oktober an bekam er nach einer Vereinbarung nur noch 40 M., trotzdem er seine volle Arbeitszeit einhalten musste. Ende November begann Kunin mit einem Dritten ein anderes Geschäft. A. wurde dort für einen geringen Wochenlohn beschäftigt, sollte aber bei Kunin im Dienst bleiben. Ende Februar waren die Aufträge dieses Geschäfts, Anschlagspappen für das Militär, erledigt, und Kunin erklärte dem Lagerherrn, nachdem er wieder einige Tage im ersten Geschäft gearbeitet hatte, daß er ihn nicht mehr brauchen könne. Nun forderte A. den gefürchteten Gehalt für Oktober und November, und Gehalt für die Kündigungsfrist bis Mitte März, zusammen 110 M. Einen Vergleich mit 75 M., den Dr. Niedlich in der ersten Verhandlung vorschlug, lehnte der Gehalt ab. 55 M. vergleichsweise zu zahlen, lehnte der Unternehmer ab. Darauf verurteilte das Gericht Kunin zur Zahlung der eingeklagten 110 M.

Wenn also Handlungsgesellschaften, die für gekürzten Gehalt gearbeitet haben, jetzt entlassen werden, so haben sie Anspruch auf den seinerzeit gefürchteten Gehalt.

Die Zurückstellungen hinter die leiste Jahresklasse des Landsturms I. Die Begleitkommandos I und II Leipzig geben bekannt, daß die Zurückstellungen hinter die leiste Jahresklasse des Landsturms I. Aufgebots von jetzt an ungültig sind und die Zurückgestellten ihre baldige Einberufung zu gewährten haben.

Theatervorstellung des Arbeiterbildungsinstituts. Am Sonntag den 25. April, nachmittags 1,30 Uhr, findet für das Arbeiterbildungsinstitut eine Aufführung von Schillers Räuber statt. Der Verkauf der Karten erfolgt vom nächsten Sonnabend an in den Filialen der Leipziger Volkszeitung.

## Polizeinachrichten.

Tödlicher Unfall in einer Buchdruckerei.

In dem Hofraum des Grundstücks Breitkopfstraße 9 zu C-Stenditz ereignete sich gestern vorzeitig gegen 10 Uhr ein bedauerlicher Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Der Bergang war folgender: Ein mit etwa 8 Zentner bedrucktes Papier beladener Transportwagen war zum Verladen vom Rohrschlund aus aus einer Papierkammer geschoben worden. Durch die Erhöhung beim Abladen der Papierballen kam der Wagen an der dort etwas abschüssigen Stelle ins Rollen und stürzte von der Rampe etwa einen Meter hoch in den Hofraum hinab. Ein 15-jähriger Buchbinderschüler aus C.-Anger-Grotendorf, der am Ende der Rampe beschäftigt war, erkannte im Augenblick die für ihn drohende Gefahr und brachte sich, um ihr zu entgehen, an die Wand, wurde aber ungünstigerweise dennoch von den herabfallenden Papierballen getroffen, umgerissen und zu Boden geworfen. Eine Griffsäge des sofort nachstürzenden Transportwagens hat ihn dann vermutlich noch an die rechte Schläfe getroffen, was kurz danach seinen Tod herbeiführte. Nach Lage der Sache dürfte ein Verlust anderer Personen an diesem bedauerlichen Unfall nicht in Frage kommen.

Von einer Kastordrosche überschritten und tödlich verletzt wurde gestern nachmittag gegen 1,30 Uhr auf dem Marienberger Steinweg beim Nebenstreichen der Fahrstraße eine ältere Dame, deren Persönlichkeit bis jetzt noch nicht feststellen kann. Man brachte die Verunreinigte Wunde nach dem Krankenhaus, doch verstorb sie bereits auf dem Wege dorthin. Zeugen, die über den Bergang dieses Ereignisses näheren Aufschluß geben können, werden erachtet, ihre Wahrnehmungen recht bald bei der Kriminalabteilung zur Kenntnis zu bringen. Die weiteren polizeilichen Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen.

Eine Kriegsdroschenschwester in Schweinfurt macht zurzeit größere Städte und deren Umgebung unsicher. Die Beträgerin erscheint bei Frauen, die in Zeitungsinseraten über ihre in den Verlustlisten als „vermisst“ ausgeschalteten Männer um Nachricht gegen Belohnung bitten und erklärt, daß sie den Ehemann, der verendet worden sei, im Lazarett einer Großstadt gesprochen habe. In allen Fällen ist ihr, die sich die freudige Aufregung der Kriegsfrauen in herloser Weise zunutze macht, zugetragen, eine hohe Belohnung zu erhalten. Da die Schwesterin auch hier mit ihren Schwindeltechniken austauschen kann, sei hiermit dringend vor ihr gewarnt.

Der angebliche Philologe als Unterstellungsbeschuldiger. Ende vergangenen Monats trat hier ein angeblicher Niederrheider auf. Er erschien bei einer älteren Oberlehrerin, Unterstellungsbedürftigkeit damit, daß er wegen einer überstandenen Blinddarmanoperation und eines alten Herz- und Lungenleidens in der Ausübung seines Berufs verhindert sei. In Dresden hat dieser Weisheit mit genau demselben Trick ähnlich ebenfalls und seit anderthalb Jahren mehrere Lehrerinnen gehabt. Der Schwundel ist etwa 30 Jahre alt, ungefähr 1,70 Meter groß, braunkäfig, hat blonde, kurze Haare, kleinen blonden Schnurrbart, lächelndes Gesicht und trägt Kleidung; bekleidet war er mit brauner Jacke, etwas abgetragener Weste und graubrauner Sportweste. Beim Wiederanstehen des Beträgers wolle man ihn verhören lassen.

Wohnungsdiebstahl! 300 Mark Belohnung! An der Nacht zum 6. April ist in dem Ort Altwis bei Wurzen ein größerer Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden, wobei den Dieben folgende Gegenstände in die Hände fielen: ein kleiner Banknotentäschchen und schwarzes Feder, enthaltend eine größere Summe in Papiergegeld, eine kleine schwarze Damenschlüsseltasche mit Einräumung, einen Mandolinenspieler darstellend, eine alte schwarze Remontoiruhr mit Aufdruck und einer weißen Perle besetzt, eine goldene Fingerhut, am oberen Ende mit weißen Perlen besetzt, eine goldene Kettenuhr, verschiedene Aufdrucksmünzen und eine Anzahl Schuhspitzenmarken. Die Einbrecher haben sich dort mit einer Peitsche vom Hofe aus durch ein Treppenhausunterste Zugang an der Wohnung des Besitzers verabschiedet. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 300 Mark ausgeschlagen worden. Sollten gestohlene Gegenstände hier zum Angebot kommen, so wolle man unverzüglich der Kriminalpolizei Kenntnis geben.

Wahrung vor einer Warenchwandlertin. Bereits in mehreren Fällen hat es eine junge Beträgerin verstanden, durch erlogene Abrechnungen die Gläubigerin zu entlocken, durch erlogene Abrechnungen die Gläubigerin zu entlocken. Sie erscheint meist in kleinen Produktionsgeschäften und lädt sich die verlangte Ware im angeblichen Auftrag von bekannten Geschäftsräumen ausköndigen. Sollte eine 17- bis 18jährige Schwandlertin, die blonde, in der Mitte gescheitelte Haare und graue Bluse sowie grebe weiße Schuhe tragen, niemand hier auftauchen, so soll man sie der Polizei übergeben. Sie ist an einem etwa 1 Meter großen Teppich an der linken Seite besonders kennlich.

Verhaftung einer lästigen Diebin. Polizeilich gesucht wurde eine schon mehrfach wegen Müllabfuhrdiebstahl vorbestrafte 25 Jahre alte Süßigkeiten, die hier vor einiger Zeit ihrer Witwe einen größeren Geldbetrag aus der Handtasche entwendet hatte. Sie wurde jetzt ermittelt und in Haft genommen.

Gehalten wurden einem Fleisch-Großhändler aus dem Südbahnhof in der Zeit vom 9. bis 12. April vier Schweinhäufchen, an der Keule mit „G“ gezeichnet.

Selbstmordversuch. Um sich zu ertränken, sprang eine 28jährige Rentenempfängerin in Leipzig-Connewitz unterhalb der Hafenbrücke in die Pleiße. Sie rettete sich jedoch selbst wieder an das Ufer und wurde dann nach dem Krankenhaus gebracht. Ein schweres Gemütsleid soll der Beweggrund zu ihrer Tat gewesen sein.

Unfälle. Ein Straßenbahnschaffner wurde an der Endstation in der zweiten Wagenreihe auf dem Platz Leipzig-Innen vor einem ankommenen Motorwagen umgerissen, wobei er einen Glasbeinbruch und eine stark blutende Quetschung über dem rechten Auge davontrug. Nach der ersten Behandlung in der Universitätspoliklinik konnte er sich schließlich allein in seine Wohnung begeben. In der Petersstraße kam am Mittwochabend ein 50 Jahre alter Kaufmann zu Tode. Er erlitt dabei eine schwere Knieverletzung, die seine sofortige Unterbringung im Krankenhaus erforderlich machte.

## Ersatzwahl im VII. Leipziger Landtags-Wahlkreis.

Nr. Stz.	Wahllokal	1909					1915			
		Wahlberechtigt	Gewählt haben	Reinling Soz.	Nähne Mittelst.	Mitschke Nat.-lib.	Wahlberechtigt	Gewählt haben	Segen Soz.	Ungültig
1	Zur Linde	506	508	543	168	308	416	197	350	24
2	Deutsches Haus	600	582	575	205	357	405	236	395	33
3	Zur Erholung	615	520	597	197	339	427	170	324	29
4	Zur Turnhalle	528	406	508	90	140	355	203	340	20
5	Schloss Lindenfels	526	443	480	173	214	354	172	307	12
6	Stadt Lüthen	648	552	624	134	347	424	199	350	15
7	Stadt Merseburg	521	450	494	91	233	355	182	314	5
8	Goldner Adler	626	556	616	153	307	430	207	351	16
9	Waldhof	672	604	709	119	194	455	252	412	12
10	Restaurant von Dr. Kupferschmidt	570	465	515	116	181	342	166	287	3
11	Zum Leipziger Tor	481	412	558	77	150	317	155	238	7
12	Notenburger Erker	612	551	676	80	171	415	242	389	24
13	Wöhlckers Festhalle	532	488	606	106	112	302	227	350	14
14	Albertsburg	670	631	750	184	152	406	308	468	29
15	Meichsnerweser	642	570	692	62	94	456	205	435	17
16	Zur Terrasse	682	625	728	217	245	465	271	402	21
17	Gasthof Windorf	417	370	394	24	241	241	183	217	8
18	Zum Trompeter	423	375	411	12	218	281	127	202	14
19	Leipziger Barnecker Hof	383	341	351	19	213	280	89	138	4
20	Barenburg	452	399	321	68	301	284	108	207	25
21	" Feldschlößchen	451	368	484	10	145	256	110	170	3
		11 736	10 285	11 609	2324	4901	7786	4075	6751	338

Das durch den Wegzug des Genossen Reimling freigewordene Landtagsmandat im 7. städtischen Wahlkreis ist gestern durch die Wahl des Genossen Fritz Segen neu besetzt worden. Ein Gegenkandidat war mit Mühe aus den "Vergnügungen" nicht aufgestellt. Überhaupt ist der Kreis sicherer Besitzstand der sozialdemokratischen Partei.

Genosse Segen ist mit 6751 Stimmen gewählt. Diese Zahl erscheint gegenüber der für Genossen Reimling im Jahre 1909 abgegebenen Stimmenzahl von 11 000 wenig. Beträte man aber die besonderen Umstände, unter denen die heile Erstwahl stattfand, so muß das Ergebnis als außerordentlich günstig bezeichnet werden. Einmal war die Zahl der Wahlberechtigten durch die Einberufungen zum Heeresdienst ganz bedeutend vermindernt, und da noch den alten Wahlzisternen gewählt wurde, gehen auch die seit dem Jahre 1909 gestorbenen Wahlberechtigten verloren. Auf diese Weise blieben von den 11 736 Wahlberechtigten im Jahre 1909 nur noch 7786 übrig. Dann aber wurde die Wahlbeteiligung dadurch erheblich beeinträchtigt, daß seit der letzten Wahl viele der Wahlberechtigten die Wohnung — teilweise sogar mehrmals — gewechselt haben und in andre Wahlkreise verzogen sind. Ein ganzer Teil dieser Wähler wird der Wahlurne ferngeblieben sein. Der hierdurch ent-

stehende Stimmenverlust trifft aber fast ausschließlich oder doch in der Hauptsache die Sozialdemokratie. Denn in der Regel sind es die Wähler mit 1 oder 2 Stimmen, die Leute mit kleinen Einkommen, die am häufigsten den Wohnort zu wechseln neigen. Nun gerade dieser Umstand läßt den Wahlausland von ausdrücklicher Bedeutung ist, geht auch daraus hervor, daß die Zahl der beteiligten Wähler mit einer Stimme um 2700, von 4801 auf 2008, gesunken ist, während die Zahl der Wähler mit 4 Stimmen um 22, von 276 auf 208, gestiegen ist. Dieses Steigen der Wählerziffern in der letzten Classe der Wiederwahl ist darauf zurückzuführen, daß auf Grund ihres Lebensalters ein Tell der bei der letzten Wahl mit 3 Stimmen ausgestatteten, ausgetreten sind. Eine besondere Besprechung der Verschiebungen im Stimmenverhältnis behalten wir uns für später vor. Schließlich kann noch damit gerechnet werden, daß ein Tell der Wähler der Urne ferngeblieben ist, weil der Kreis von den Parteien nicht bestritten wurde.

Wenn man alle diese das Wahlergebnis ungünstig beeinflussenden Momente in Rechnung stellt, kann das Resultat als ein erstaunlicher Erfolg und ein beachtliches Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie betrachtet werden.

## Aus der Umgebung.

### Bekämpfung des amerikanischen Stachelpelzmaus.

Nachdem auch im Königreich Sachsen der amerikanische Stachelpelzmaus (Spilosoma mors nrae) festgestellt worden ist, ist vom Ministerium des Innern in Hinsicht auf die Gefährlichkeit des Schädlings und zur Verhütung von dessen weiterem Umfang der Verkauf und die Verbreitung von mit amerikanischem Stachelpelzmaus befallenen oder dieser Krankheit verdächtigen Stachelpelzmausplänen untersagt worden. Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

Die Verbreitung des Stachelpelzmaus erfolgt durch Sporen der Pflanzpilze, die mit der Rinde abgelöschten und durch Wind, Vögel und andere Tiere, durch die Kleidung der Menschen, durch Verpackungstoffe usw. von kranken auf gesunde Pflanzen übertragen werden. Die Krankheit ist im Anfang sehr schwer zu erkennen, da ihre Anzeichen zunächst mit blohem Auge nicht bemerkt werden. Bei den ersten malig befallenen Pflanzen zeigt sich der Stachelpelzmaus nur auf den Sommer- und Herbsttrieben. Hier muß die Bekämpfung sofort durch Abschneiden der befallenen Pflanzenteile eingehen, da der Schädling sonst auf der Wirtspflanze überwintert und sich schon mit dem Frühjahrstrieb vermehrt zeigt, sodann auf die Beeren übergeht und sie dadurch ungenießbar macht. Im weiter entwickelten Zustande zeigt sich der Schädling als staubartiger, weißer Belag auf der Oberseite des Blattes und an den anderen Pflanzenteilen (Kriebe und Beeren) als brauner, fäliger Überzug. Das Blatt bleibt in seiner Entwicklung zurück und erscheint nach oben zusammengezogen. Bei dem Sichtbarwerden muss ebenfalls mit der Bekämpfung des Pilzes begonnen werden. Bei kleineren Anlagen (Hausgärten und ähnlichen), in denen nur wenige Stachelpelzmaus vorhanden sind, ist es das Beste, die befallenen Teile abzuschneiden und zu verbrennen. Für gärtnerische Kulturen wird ein sorgfältiges Sprühen der Pflanzen mit Schwefelkaliöl usw. empfohlen, wobei darauf zu achten ist, daß auch alle Pilzherde getroffen und abgetötet werden. Das Sprühen ist einmal im Winter vorzunehmen und dann im zeitigen Frühjahr, je nach Erfordernis, zu wiederholen.

### Brotpreis und Brotausfuhr.

Die Amtshauptmannschaft Leipzig gibt bekannt: Wie festgestellt worden ist, halten sich eine Reihe von Bäckern und Händlern nicht an den in Ritter I Absatz 1 der Verordnung vom 29. März 1915 für den Bezirk Leipzig-Land festgesetzten Brotpreis von 38 Pf. für 1 Kilogramm Brot. Die Amtshauptmannschaft behält sich vor, denjenigen Bäckern, die den festgesetzten Brotpreis nicht innahmen, künftig kein Mehl mehr zuzuweisen. Die Herren Gemeindevorstände werden veranlaßt, jeden Fall der Nichteinhaltung des festgesetzten Brotpreises sofort zur Kenntnis der Amtshauptmannschaft zu bringen.

Ein Ergänzung der Verordnung vom 18. Februar 1915 über Mehlausfuhr wird bestimmt, daß jede Ausfuhr nicht nur von Mehl, sondern auch von Backwaren aus dem amtschauptmannschaftlichen Bezirk zu unterbleiben hat, soweit sie nicht zugunsten benachbarter Kommunalverbände durch die Bischöflichen der Ernährungsverordnung über Brotausfuhrarten vom 28. März 1915 ausdrücklich zugelassen ist. Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Pausendorf. Kriegs-Vollernährungss-Ausschuß. Hier hat sich aus verschiedenen Vereinen ein Kriegs-Vollernährungss-Ausschuß gebildet. Die Tätigkeit derselben besteht zunächst darin, aufklärend darauf hinzuweisen, wie der Kleingarten und das Freiland am zweckmäßigsten ausgenutzt werden können. Zu diesem Zweck findet Sonnabend, den 17. April abends, im großen Saale des Alten Gasthofs ein öffentlicher Vortrag statt. Im Interesse der Allgemeinheit wäre es erwünscht, daß dieser Vortrag recht zahlreich besucht würde.

Gaußthal. Die Geschäftsräume des Gemeindeamtes bleiben wegen Reinigung Freitag und Sonnabend, den 18. und 17. April, geschlossen. Dringliche Angelegenheiten werden nur Sonnabend von 11—12 Uhr erledigt.

Markranstädt. Bevölkerungsbewegung. Am März wurden bei dem polizeilichen Amt 126 Personen, darunter 62 Sachsen, 58 Angehörige anderer Bundesstaaten und 6 Ausländer angemeldet. Dagegen kamen 165 Personen, darunter 63 Sachsen, 87

Angehörige anderer Bundesstaaten und 15 Ausländer zur Abmeldung. Geboren wurden 15 Kinder. Gestorben sind 13 Personen. Umgemeldet wurden 85 Personen. Am 1. April zählte unsere Stadt noch Fortschreibung 8521 Einwohner. — In Beginn des neuen Schuljahrs wurden der mittleren Volksschule 180 Elementarschüler aufgenommen, die in 4 Klassen verteilt wurden, so daß die Durchschnittsstärke 45 Schüler beträgt. Die Kleinen haben in der ersten Woche 1 Stunde Unterricht, in der zweiten Woche 2 Stunden und erst in der dritten Woche vollen Unterricht, wegen Wandel an Lehrkräften allerdings nicht 16, sondern nur 12 Wochenstunden. Für die höhere Volksschule wurden 30 Elementarschüler aufgenommen. Der Lehrkörper zählt vor Ausbruch des Krieges 41 Kräfte, und zwar 1 Direktor, 20 ständige Lehrer, 7 Hilfslehrer, 2 wissenschaftlich gebildete Lehrer und 2 Handarbeitslehrerinnen. Von 20 im selben Lehren sind 4 gefallen. Zu 17 Lehren sind hinzugekommen 1 ständige Lehrerin, 1 Kandidat des höheren Schulamtes und 2 Biare. Wegen des Fehlens des Höfts im Lehrerkollegium mußte die Stundenzahl in allen Klassen gekürzt werden.

Oberhau. Fleischbeschrieb. Beim Bahnsbeamten Karl Hermann hier wurde eingebrochen. Den Dieben, die mit den Räumlichkeiten sehr vertraut sein müssen, fehlen 15 Schinken, 3 Speckstücke, sowie sämtliche Wurstwaren von vier Schweinen in die Hände. Der Schaden betrifft den Beschlagnahmen um so mehr, als er für andre Leute die Waren zum Räubern angenommen hatte.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Landtagsersatzwahl.

Bei der Ersatzwahl im 8. Dresdner Wahlkreis gaben 2238 Wähler Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher 6516 Stimmen ab. 20 Stimmen waren ungültig.

Bei der Wahl im Jahre 1909 erhielten Anders 9502 Stimmen, der Sozialdemokrat 6082 und der Reformer 2513 Stimmen. In der Stichwahl siegte Anders mit 12 000 gegen 6131 sozialdemokratische Stimmen.

Der Termin für die Landtagsersatzwahl im 20. ländlichen Wahlkreis für den wegen schwerer Erkrankung zurückgetretenen konservativen Abg. Wunderlich ist auf den 20. April übernommen.

### Eine verschleierte Aktion des Kultusministeriums.

Vor kurzem ereigte eine Rundgebung des Akademischen Senats der Leipziger Universität gegen den früheren Kollegen Geheimrat Wilhelm Ostwald Ausschreitungen. Ostwald hatte als "kultureller Kriegsfreiwilliger" in Schweden zugunsten Deutschlands gewirkt. Politisch scheint dies nicht mit grossem Glück und Geschick geschehen zu sein. Er hat sich dabei auch zu einem Journalisten über die religiöse Entwicklung Deutschlands geäußert, und zwar in einer Art, die nicht den Anscheinungen der theologischen Professoren der Leipziger Universität entsprach. Sie veranlaßten daher jene Rundgebung. Später wurde Ostwald ebenfalls vom Kultusministerium in dieser Angelegenheit vernommen. Dieses hat sich darauf jener Rundgebung der Leipziger Universität angeschlossen, indem es Ostwald gewisse "Eröffnungen" machte. Ostwald hat es aber abgelehnt, diese Eröffnungen als für ihn in Betracht kommend anzusehen, da er als emeritierter Professor der genannten Behörde nicht unterstehe.

### Die amtlichen Bekanntmachungen und die Presse.

In Freiberg hatten die Stadtverordneten auf einen Antrag unseres dortigen Parteiblattes und der Freiberger Neuesten Nachrichten dem Rat einen Beschluß übermittelt, allen Blättern die amtlichen Bekanntmachungen zu überlassen. Der Rat ist jedoch dem Beschluß nicht beigetreten. Die Neuesten Nachrichten äußern sich zu dem Halbschluß in folgender Auslassung:

Die Vergabe amtlicher Bekanntmachungen auch an die nichtamtliche Presse Freiberg ist in den jüngsten Stadtratsitzungen zur Sprache gekommen. Die Anregung, die bisherige Form zu verbessern, ist bekanntlich sowohl von uns als auch von der hiesigen Volkszeitung ausgegangen, und die hiesigen Stadtverordneten hatten einhellig bestanden, daß sie die Abänderung des bis-

herigen Zustandes für wünschenswert halten. Nun sagt die gestrige Veröffentlichung über die Entschließung des Stadtrats wörtlich: „In der Sache wegen Überweitung amtlicher Bekanntmachungen gegen Bezahlung an die Reichsblätter wird nach Kenntnisnahme vom Ergebnis einer Umfrage, die ergeben hat, daß Freiberg den Reichsblättern mit am weitesten entgegenkommt, Entschließung gesetzt.“ Wenn letzteres zutrifft, wäre unser ganzes Vorhaben überflüssig gewesen. Glücklicherweise kennen wir gerade in der vorliegenden Sache die Stellung des Ministeriums. Und wir haben den Eindruck, daß die Umfrage des Stadtrats gerade dort erfolgt ist, wo man noch nicht einmal so weit war wie in Freiberg. Rücksichtslosigkeit ist aber doch kein Vorbild!

### Förderung des Mittelstandes.

Das Ministerium des Innern hat auch in diesem Jahre den Gewerbezimmern je 4000 M. zur Förderung des Klein-gewerbes und Kleinhandels überwiesen. Aus dieser Summe können die Gewerbezimmern nach ihrem pflichtgemäßen Ermessens Beihilfen an Nachanstaltungen, an Ausstellungen von Handwerksmaschinen und von Gesellen- und Lehrlingsarbeiten, weiter für befehlende gewerbliche Fachvorträge und zum Besuch von Meisterschulen und Fachschulen, sowie für sonstige, das Kleingewerbe und den Kleinhandel fördernde Zwecke bewilligen.

Pulsnitz. Der Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenfasse hat beschlossen, den Angehörigen der im Kriege gefallenen oder verstorbenen Kriegsteilnehmer, die bis zum Eintritt ins Heer Mitglied genannter Kasse waren, ein Sterbegeld zu gewähren.

Wolkenstein. Gemeindevorstand Freytag in Wolkenstein bei Sanda ist hier zum Bürgermeister gewählt worden. Um die ausgeschriebene Stelle hatten sich 111 Bewerber gemeldet, darunter viele Juristen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Dresden ereignete sich ein Infanteriehoch aufwischen einem Straßenbahnen und einem Stoßwagen. Aufgrund des heftigen Aufpralls fielen eine Menge gefüllter Bierflaschen auf die Straße und gingen in Flammen, so daß das Bier über die Fahrbahn ergoß. Autos und Pferde kamen ohne nennenswerte Verletzungen davon. — Der Fahrradpolizei Weiß erlitt in einem Zwischenfall durch einen umstürzenden Fahrradwagen eine Verletzung eines Beins. Diese Verletzung hat durch Eintritt von Blutvergiftung den Tod des Verletzten herbeigeführt. — In Trennau hat sich in vergangener Nacht ein 17jähriger Markthelfer Kurt Prager von einem Eisenbahngitter überfahren lassen. Prager war zuletzt in Plauen in Stellung und hatte seine Liebestrommel geweiht zu sein.

## Aus den Nachbargebieten.

### Ein eigenartiges Verlangen.

Das Schwurgericht Erfurt verurteilte den Landwirt und Hammerfahrer Eikenhut aus Melchendorf zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust. In der Urteilsbegründung wurde der Fall als sehr schwor bezeichnet

**Donnerstag, den 15. April 1915.**

## Frühling in Russisch-Polen.

Im Berliner Tageblatt finden wir einen „Feldpostbrief eines Vogelkundigen“, der unsre Leser besonders interessieren dürfte. Sie werden sich mit Vergnügen der Naturbeobachtungen erinnern, die A-x in unserm Feuilleton veröffentlichte. Nun geht ihnen der „Brief des Vogelkundigen“, daß A-x auch als Grenzsäher an der Ostfront Zeit findet, seine Studien fortzusetzen. Der Brief lautet:

Bei Prochnig, im April.

Um die gegenwärtige Zeit beginnt man in Deutschland etwa  
dann Frühling zu merken. Hier und da steckt an geschützter Stelle  
ein vorzüglicher Grashalm ein grünes Sphären hervor, Weiden-  
knospen schwanken, Haseltäschchen strecken sich, Kräuter und Schnee-  
glöckchen machen sich zum Blühen bereit. In Russisch-Polen sieht  
man nichts von alledem. Felder, Wiesen und Wälder sind grau und  
braun, heller oder dunkler schattiert wie die russischen Militär-  
mäntel, aber nirgends läßt sich auch nur der mattste grüne Schim-  
mer bemerkten. Ein Wunder ist's nicht, eher mühe das Gegenteil.  
Staunen erregen, denn wohl ein Meter tief ist der Boden felsenhart  
gefroren: ein Glück für unsre Soldaten, wenn Frostwetter herrscht.  
Denn wenn die obere Erdschicht austaut, entsteht ein dünner Brei  
aus der Ascheerde, die sogenannten Strassen wandeln sich zu Stechen-

unserer Seite auf. Raum habe ich mit meinem Kameraden da Schilfengrund bezogen, in dem wir zwei Stunden zu stehen hatten als hohl und gespenstisch das Geuszen einer Waldohreule erscholl. Immer und immer wieder machte der Eulenmann seiner Schönen auf seine Weise seine Gefühle klar. Mein Kamerad, den ich bei ersten Ton ausklärte, hatte bald ebenso wie ich seine Freude an dem verliebten Nachtvogel. Da kam die Patrouille an und fragte an ob wir wüssten, wo der Verwundete läge, der so erbärmlich stöhnte. Die erzielte Auskunft wurde zunächst unglaublich, dann aber mir viel Freude aufgenommen. Nun lagen vor unserm Schilfengraben einige hundert Meter vorgeschoben, einige Patrouillen, die einen feindlichen Angriff rechtzeitig erkennen und dann Meldung zurückbringen sollten. Wenn sie abgelöst wurden, mussten sie an verschiedenen Stellen über dünnes Eis, das unter ihren Stiefeln ganz eigenartig krachte. Als ich diesen Läden aufmerksam lauschte, da fiel mir gleich ein, daß sie eine ziemliche Achthalbhheit mit dem Flügelknacken der Waldohreule hatten, und mir ohngefähr nichts Gutes Wirklich dauerte es nicht lange, da singt die Eule ihren Walzing und klatschte in unregelmäßigen Pausen mit den Flügeln. Sie gaukelte uns Feld hinaus, entdeckte unsern vorgeschobenen Posten und umkreiste ihn klatschend. Prompt schickte der auch Meldung zurück, daß er fortwährend in nächster Nähe Schritte hörte, aber niemand sehen könnte. Eine daraufhin abgeschossene Leuchtkugel ließ das klare Flugbild der Eule erkennen; erschreckt verzog sich der Nachtvogel, und mit ihm verschwand der Spur. . . .

der Typhuskeime von Kranken durch eine Desinfektion der Ausscheidungen, ohne daß freilich diese eine Nahrungsquelle allein ausreichte. Um Epidemien vorzubeugen, bedarf es vor allem der Regelung der Trinkwasserverhältnisse durch Kanalisation. Derartige Vorschriften zweckmäßig zu treffen, ist schon in Friedenszeiten keine ganz leichte Aufgabe. Schier unlösbarwürdliche Schwierigkeiten stürmen sich aber dem Hygieniker entgegen, der unter den ungünstigen Verhältnissen des Kriegs arbeiten muß. Die Niesenummengen von Soldaten, die auf einen engen Raum zusammengepfercht sind, und von denen Sauberkeit und Hygiene selbst bei bestem Willen nur in geringem Maße gehalten werden kann, gibt die gefährlichste Voraussetzung für das Entstehen der Seuche. Sind auch alle vorbeugenden Maßregeln im Felde schlechterdings nicht zu treffen, so zeigt doch der augenblickliche gute Gesundheitszustand des deutschen Heers, was bei geschickter Organisation, bei Ausnützung der vorhandenen Hilfsmittel erreicht werden kann. Die beratenden Hygieniker, die sich bei den einzelnen Armeen befinden, sind es, denen in erster Linie die Sorge für vorbeugende Maßnahmen obliegt. Diese Einrichtungen haben sich, wie gesagt, als legendärreich erwiesen. Wenn es auch an typhösen Erkrankungen nicht gescheit hat, so ist es doch zu keiner eigentlichen Epidemie gekommen.

Nicht anders verhält es sich mit der Ruhr als Kriegsseuche. Ihre Erreger sind verschiedene Arten von Bakillen oder Amöben. In Europa gibt es aber keine einheimische Amöbenruhr, sie wird höchstens selten aus den Tropen hierher verschleppt. Die Übertragung geschieht meistens durch Kontakt. Am Kriege ist es erfahrungsgemäß das Zusammenkommen großer Massen in engen Quartieren, das zur Verbreitung beiträgt. Dagegen ist die Beobachtung gemacht worden, daß Evakuierungen im Felde und Truppenbewegungen die Seuche bald zum Erlöschen bringen. Alle vorbeugenden Maßnahmen, die gegen Typhus angewendet sind, sind auch bei der Ruhr am Platze. Auch hier ist das Hauptgewicht auf Erziehung zur Sauberkeit zu legen. Derselben Auslesekunst folgt die Cholera; sie wird auf gleiche Weise wie Typhus und Ruhr durch mit Bakillen verunreinigte Objekte, seien es die Hände, seien es Wasser oder Nahrungsmittel, übertragen. Ihre Bedeutung als Kriegsseuche ist groß. Im Kriege 1866 starben im preußischen Heere an ihr 4520 Mann, während die Verluste durch Waffen 3478 Mann betrugen. Die Gesamtsterblichkeit im Preußen während desselben Jahres an Cholera beschränkte sich auf 128000 Personen.

Andre Wege der Übertragung nehmen zwei andre Seuchen, die in ihrem Verlaufe dem Typhus ähneln, aber durchaus von ihm verschieden sind: das Blütsfallfeber (*Acbris recurrentis*) und das Fleckfeber (*Typhus exanthematicus*). Andre Erreger, von denen nur der der ersten, eine Spirohaete, bekannt ist, gehören den Protozoen an. Hier ist es aber nicht die Verührung von Kranken mit Gesunden, die infiziert. Mehrmehr bedürfen die Spirochäten des Blütsfallfebers und die des Flecktyphus der Vermittlung von gewissen niederen Tieren, um die Krankheit zu verbreiten. Blutsaugende Schmarotzer sind es, Zecken und Läuse, die aus dem Blute der Kranken die Spirochäten aufnehmen und durch den Kuss Gesunde damit infizieren. Man muss also darauf ausgehen, diese Würte zu vernichten, dann ist, bis Infektionsgefahr beseitigt. Welche Bedeutung die Posten im Kriege erwerben können, geht aus der oben erwähnten Siller der Pockensterilität im französischen Heere ohne weiteres hervor. Es sei noch — ~~die Pocken~~ — im Durchschnitt zugrunde im Jahre 1870—72 herrschende Pockenepidemie, die nahezu 120 000 Opfer kostete, durch französische Kriegsgefangene eingeschleppt worden ist. Alle das heutige Deutschland aber haben die Pocken viel von ihren Schrecken verloren dank der Durchführung des Impfzwangs seit dem Jahre 1874. Der Schutz, den die Impfung verleiht, ist recht hoch, allerdings nicht dauernd. Seine Wirksamkeit erstreckt sich etwa über 10 Jahre, deswegen wird vom Gesetz eine Wiederimpfung vorgeschrieben. Ebenso ist es notwendig, dass Personen, die in pockenverdächtige Bezirke sich begeben, noch einer weiteren Impfung sich unterziehen. Unsre Soldaten, die in Frankreich und Rußland kämpfen — Ländern ohne Impfzwang — in letzteren sind im Jahre 1911 über 32 000 Menschen an Pocken gestorben —, sind daher noch einmal geimpft worden. Bissher hat man von Pocken im deutschen Heere nichts gehört.

Die verheissungsvollen Ergebnisse, die mit der Schubpockenimpfung erzielt worden sind, haben in den letzten Jahren dazu geführt, auch für andre Infektionskrankheiten Schubimpfungen auszuarbeiten, die alle auf dem Grundsatz aufgebaut sind, den Organismus durch Überstehenlassen einer leichten Ansteckung zur Bildung von Schuttkörpern anzuregen und dadurch vor schweren Ansteckungen zu schützen. Die Immunität, die dadurch erlangt wird, ist ebenfalls nicht dauernd und vollkommen. Aber sie erschwert die Ansteckung jedenfalls und macht, wenn es zum Ausbruch der Krankheit kommt, ihren Verlauf leichter und kürzer. Die besten Ergebnisse sind mit den Typhusschubimpfungen erzielt worden, weshalb auch diese bei den deutschen Truppen vorgenommen werden, aber auch die Verhütung der Cholera und Ruhr ist auf diesem Wege möglich.

Dr. med. van Gron.

Die Kriegsfeuden.

### Ihre Bedeutung und Verhütung

Sturm vorzugehen, wie es unter Situation am 21. Februar ist, stellt an die Truppen ungeahnte Anforderungen. Und doch hält man durch, man hält auch aus, danach so lange Quartiere in offenen Scheunen zu begleben, bis die Sachen am Leibe trocken geworden sind. Aber man lernt sehr schnell einschätzen, daß der Frühling die schlimmste Zeit in Russisch-Polen ist. Noch ist der Frühling nicht da. Von seinem endgültigen Einzug wird erst dann die Rede sein können, wenn der Erdboden vollständig durchgetaut ist. Vorläufig schickt er nur seine Quartiermächer hierher. Am 22. Februar stieg die erste Perche singend aus der nassen Kletterfurche empor, am selben Tage zog ein Riebitz eiligen Fluges vorüber, er ließ sich aber nicht nieder, das Donnern der Geschüte, das Knattern der Gewehre, das Singen und Surren der Geschosse ließ ihn nicht zur Ruhe kommen. Seit dieser Zeit gehört das Jubilieren der Zerden, ebenso zu den alltäglichen Erscheinungen wie platzende Schrapnellschädel. Fast täglich sieht man auch den schwarzwelschen Robold siebzig über die Felder gaukeln. Täglich ziehen auch Wildgänse in tadeloser Marschordnung vorüber, neidisch folgt ihnen das Huze: Schneller als unsre besten Doppeldrecker gleiten sie dahin, ihr vergnügtes Begacker und Geschwatter verrät, daß sie sich bei ihrer Reise kaum anstrengen. Viel Dank und Streit scheint bei ihnen auch nicht zu geben. Wenn mal allzu naher Geschützdonner sie durcheinanderwimmeln läßt, daß sie sich zusammendrängen wie unsre Kompanie an der Gouloschanone, dann ist im Huze die Ordnung wiederhergestellt, irgend ein Mitglied des Trupps hat die Spalte übernommen, die andern hängen sich an, da wimmeln noch vier, da sechs fürt sich herum, aber ehe man sichs versteht, habeit sie sich dem einen oder andern Flügel angehängt oder, aber einen kleinen Keil für sich gebildet. Also weit von hier, der Gegend zwischen Mlawa und Prashny, scheinen sie nicht zu tanzen zu sein, denn als Mitte März wieder stramner Frost kam, da sah man Gänse scharen rückwärts nach Südwesten wandern; das erstmal, daß ich einen Anzug bei Vögeln einwandfrei beobachten konnte. Heute, am 24. März, zogen die ersten Studenten, ein Pärchen, auf einem Sumpfgraben hier ein; es ist sonderbar, daß sie erst so spät kommen, aber wenn man als Soldat Tag und Nacht im Freien ist, manche Nacht im Schlafengraben durchmacht und manchen Tag von früh bis spät über Felder stampft, kann man das Flugbild der Enten unwidrig übersehen oder ihr Fluggeräusch überhören, selbst wenn die Aufmerksamkeit manchmal von ganz andern Dingen in Anspruch genommen wird.

Seit Mitte Februar sind die raschlosen Alpenlerchen, die es schon sibelnahmten, wenn man sie mit dem Glase beobachtete, spurlos verschwunden, auch die Virenzweifige (*Acanthia flavivostris*) sieht und hört man nicht mehr. Dafür sind aber die Goldhammern, die niemals völlig fehlen, viel häufiger geworden, und Graumittern vertischen dann und wann ihren spröden, schrillen Zingsang. Aber so richtig in Zug kommen sie noch nicht, und ganz selten sind sie so eifrig, daß sie hängebeinig von einer Stange des Feldtelegraphen zur andern fliegen, um weiterzusingen. Genau am Frühlingsanfang kamen hier die ersten Wiesenpieper an, und wenns die Sonne mal recht gut meint, dann tanzen sie ihren Walzflug und singen ihr zwirndäsendliches Liedchen dazu. Bei trübem Wetter aber ziehen sie dicht vor der Schilbelineie auf, eilen unter Hirs-Hirsch-Rufen davon und verraten wenig Lebenslust. Anscheinend brauchen sie ziemlich viel Wärme oder wenigstens einen freundlich lachenden Himmel, um ein wenig von Venz und Liebe zu schwärmen. Anders die Haubenlerchen, die hier fast so gemein sind wie Spatzen. Wenn noch sonnenklarer Nacht die strahlend aufgehende Sonne einen schönen Tag verheißt, dann summert sieς wenig, daß ihr Gefieder von Reis glänzt und ihre Flügel förmlich knitschen vor Eis. Dann schen sie sich auf die Gartennmauer von Kindlingsblüten oder auf die Stangen, die kreuzweise über die Strohdächer ragen, und singen. Mag sein, daß ich anspruchlos geworden bin, nachdem ich in Helgoland nur Wanderrufe durchreisender Vogelscharen hörte, das Lied der Haubenlerche hier entzückt mich immer und immer wieder. Wenn ich am Dorfausgang auf Posten stehe und nach dem Feind ausspähe, dann vergessen wir die Stunden wie Minuten, wenn einige Haubenlerchen singen. Der weiche, gedekte Tonsall, die überraschenden Strophen, die eigenartigen Klangzüge an Lieder anderer Sänger fesseln mich immer, sie können mir soß sonnige Frühlingsstage in der Heimat vortäuschen. Noch mehr vermochte das ein Bluthänsling, dessen Brust kaum einen Schimmer der farminierten Hoch-

Wir lagen im Schlyengraben am Rande eines Nieserwaldes, in dem schöne Wacholdersträucher mit abenteuerlichen Buchsformen des Nachts der Phantasie immer neuen Stoss liefernten. In der letzten Nacht hatten wir einen schweren Stand gehabt. Russische Patrouillen hatten uns wiederholt durch lebhaftes Schießen alarmiert, so daß wir in äußerster Wachsamkeit den Morgen erwarteten. Endlich wurde es hell im Osten, die Spulgestalten vor dem Waldrande wurden wieder zu harmlosen Stelzen, Wacholderbüschen, Erdhügeln. Nach der angespannten Wachsamkeit während der Nacht mochte sich eine fast unbezwingbare Mildigkeit geltend. Da verließ der Häufling seinen Schlafplatz im Habelversetz, slog gekreisend auf die Spitze einer fischbeinbewachsenen Kummerlesefer, lädierte einmal seinen pedekuten Pfiss und singt dann sein plauderndes Liedchen an. Da versank die Welt um mich, ich stand mich im heimatlichen Schulgarten, um mich grünten und sprüchten Bäume und Büsche, und gerade vor mir leuchtete der Noldorubaum mit seiner Korallenblütenpracht. Doch nein, ich sah ja im Schlyengraben, und die blutigrot aussteigende Sonnenscheibe leuchtete mir durch Wachholderzweige hindurch ins Gesicht. Zu der folgenden Nacht hatten wir ein Erlebnis, das mir als Cruthologen viel Spaß machte, während einige meiner Kameraden wohl ein Gefühl von Rückenfrost beschlichen haben mag. Kurz, ehe ich aus Posten zog, waren einige wenige Schüsse von russischer Seite gefallen, denen wir mit Recht keine Bedeutung beizimaßen; sie frischten nur die Wachsamkeit auf

Wenn man von den ungeheueren Opfern an Menschen spricht, welche die modernen Kriege fordern, so deutet man dabei in erste Linie an die Kämpfer, die ihr Leben auf dem Schlachtfelde lassen mussten. Und doch ist lange bis in die neueste Zeit hinein diese Ziffer übertrroffen worden durch die Zahl derer, die nicht vor dem Feinde gesunken, sondern durch Krankheiten getötet wurden. Der Löwenanteil an diesen Verlusten beanspruchen die Kriegssseuchen, epidemisch austretende Infektionskrankheiten, die sich in den Heeren einnisten. Die Kriegssseuchen sind keine dem Kriege allein eigentümliche Krankheiten; sie fehlten keineswegs in Friedenszeiten und stakern hier und da in mächtigen Bränden auf. Überall, wo Heere auseinanderstoßen, da haben sie sich von jeher gezeigt. So sind fast stets dieselben Seuchen, die ausbrechen. In den Spätsiechen die typhöse Fieberhaften Krankheiten, der Unterleibstyphus (*Typhus abdominalis*), die gastrischen Fieber, das Rückfallfieber und das Fleckfieber. Auch die rote Ruhr (*Dysenterie*) hat bisher in jedem Kriege zahlreiche Opfer gefordert. Zweier weiter gesicherte Begleiter des Kriegs sind Pocken und Cholera, welche letztere noch im Balkankrieg zahlreiche Menschenleben gefordert hat. Schließlich kann auch die Schwarze Pest als Kriegssseuche austreten, aber dies ist für europäische Kriege nicht wahrscheinlich. Andere Seuchen wieder, die unter den Heeren des ausgehenden Mittelalters sich zeigten, sind seitdem längst verschollen.

Donaukrankheit, etwa 100 000 Mann starb, hatte 22,84 Prozent = 135 230 Erkrankungen mit 28 802 = 5,09 Prozent Todesfälle an tuberkulösen Erkrankungen. Darunter waren 25 088 Tuberkulosen 38 303 gastrische Fieber, 29 387 Rückschlussfieber und 32 351 Fleckfieber. Letzteres hatte die größte Sterblichkeit von allen mit 31 Prozent. Auch die Ruhr, die damals in dem russischen Heere herrschte brachte es auf hohe Ziffern, nämlich 34 198. Derartige Zahlen, die sich leicht vermehrten ließen, zeigten die ganze Furchtbarkeit der Kriegsszenen. Sie entzückten dem lämpfenden Heere eine solche Menge von Truppen, daß seine Aktionsfähigkeit ernstlich gefährdet wird. Schon mancher Krieg der früheren Zeit ist nur deswegen aus ungünstigen der einen Seite ausgeschlagen, weil eine Seuche lähmend dazwischenkam. Aber auch für die Zivilbevölkerung bieten die Kriegsszenen eine ständige und große Gefahr. Durch verschüttete Truppenkörper werden die Infektionserreger in die Quartiere der Bevölkerung verschleppt, wo sie zu neuen Epidemien den Grundstock liefern. Alles Grund genug für eine vorausschauende Heerführung, diesen drohenden inneren Feind von vornherein mit allen zur Bekämpfung stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Bemühungen, die auf eine Bekämpfung und Verhütung der Kriegsseuchen im Spezellen und der Infektionskrankheiten im allgemeinen hingießen, ist die Erkennung der Krankheitsursache. Kennt man die „Ätiologie“ einer Krankheit genau, so ist es in günstigen Fällen möglich, den Ausbruch der Krankheit überhaupt zu verhindern. Aber man wird in der Lage sein, durch entsprechende Maßnahmen der Verbreitung und Verschleppung der Seuche vorzubeugen. Wir wissen jetzt genau, daß die Seuchen ihre Entstehung niemals von einer Aussäufung des Bodens, einer giftigen Luft oder einem Miasma herleiten, sondern durch niedrige Lebewesen von winziger Größe, die teils dem Pflanzenreiche: Bakterien, teils der Tierreihe: Protozoen angehören, hervorgerufen werden. Für die meisten der Seuchen sind die Erreger bekannt. Eine Ausnahme bilden vorläufig Voden und Fleckfieber. Wahrscheinlich kommen für diese Krankheiten Protozoen in Betracht. Für die Verhütung der Seuchen ist es wichtig, zu wissen, auf welchem Wege sie an den Menschen gelangen, ob sie durch direkte Verlängerung von einem Individuum auf das andre übertragen werden, ob sie durch Nah rungsmittel oder die eingeatmete Luft in ihn eindringen. Je nach der Infektionsart wird man sein Augenmerk auf die Beschaffenheit dieses oder jenes Trägers der Infektionserreger richten; hier wird man angreifen müssen, wenn man die Krankheiten ausrotten will.

Die durch den Typhusbazillus erzeugte Allgemeininfektion des Organismus geschieht auf dem Wege der Kontaktinfektion, sei es der direkten, sei es der indirekten. Die Typhusbazillen verlassen den erkrankten Körper in seinen Ausscheidungen. Diese sind als höchst infektiös. Mit ihnen beschmutzte Gebrauchsgegenstände sind eine häufige Quelle der Ansteckung von Person zu Person. Oder die Typhusbazillen gelangen bei ungeeigneter Kanalisation in Wasserläufe, aus denen Trinkwasser entnommen wird. So entstehen ganz plötzlich und plötzlich die sogenannten Trinkwasserepidemien des Typhus, während die Kontaktepidemien von Person zu Person langsam fortbleiben. Auch Lebensmittel werden ansteckend, wenn sie von Händen, an denen Typhusbazillen haften, berührt werden. Für die allgemeine Verhütung des Typhus gibt es daher feststehende Grundregeln. Man verhindert die Verschleppung

Kleine Chronik.

Selma Lagerlöf hat um die Weihnachtszeit einen Roman Der Kaiser von Portugalien erscheinen lassen, den jetzt der Verlang von Albert Langen in München in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Das Reich im Wech* (Preis 4 M.) veröffentlicht. Der neue Roman will, wie alles, was die große schwedische Dichterin schreibt, mit besonderen Maßstäben gemessen werden; er ist Roman im üblichen Sinne, zugleich aber Märchen und Erbauungsschrift. Das ist nun einmal immer so bei der Lagerlöf, deren Erzählungskunst aus volkstümlicher Tradition erwachsen ist. Um sie zu verstehen, muß man sich vorstellen, wie um die Winterszeit in den Bauernstuben ihrer wärmeländischen Heimat von wunderlichen Erscheinungen aus der Welt der Gutsbesitzer oder seltsamen Gestalten aus den Reihen der Bauern und Häusler erzählt wird — wie da die Gestalten ins Abenteuerliche wachsen, wie da Abglauben, Ahnungen und Vorher sagen eine Rolle spielen, wie Wald und See geheimnisvoll auf die einsältigen Menschenkinder einwirken, die in der Einsamkeit aufwachsen. Diese Art des Phantasiertens und Erzählens, wie sie in den Bauern- und Häuslerstuben in Weltabgeschiedenheit entsteht, hat die Lagerlöf verfeinert und vertieft in die Literatur hinübergerettet und je länger je mehr ins Erbarliche hinein entwickelt. Diesmal erzählt sie von einem einsältigen Händler, der seine ganze Liebe einer Tochter zuwendet, die wie ein Strahlendes Wunder spät in sein armeliges Leben tritt. So märchenhaft schön und klug und gut erscheint sie ihm, daß er sich nicht wundern würde, wenn ihre Märchenherrlichkeit zutell wäre. Als sie dann, achtzehnjährig, in die Großstadt zieht, um die zweihundert Taler zu verdienen, die die Eltern brauchen, um ihr dürtiges Anwesen zu halten, da glaubt er fest und sicher, daß sie bald in Glanz und Pracht zurückkehren wird. Als aber nach einiger Zeit ihm doch die Nachricht zugetragen wird, daß die Tochter in Schande gekommen, verwirret sich sein Sinn, und seine arme Seele träumt davon, daß sein Mädchen zur Kaiserin von Portugalien erhoben sei, und er selber fühlt sich nun als Kaiser und lebt als harmloser Arter ein Leben der Erwartung: einmal wird die Kaiserin kommen und Glanz in seine Hütte tragen. Bis dann eines Tages die Erscheinung als robustes Frauenzimmer auftritt, das viel Geld zusammengehartt hat und die Alten in die Stadt holen will. Da bricht alle Herrlichkeit zusammen, und der Alte findet in der Verwirrung den Tod. Das wird von der Lagerlöf in ihrer Art erzählt mit feinstem Ver-

Bündnis für die seelischen Anstrengungen einer einsiligen Natur, in eine wunderliche Welt von guten und bösen Menschen hineingestellt und schließlich so geordnet, dass die beiden ihre Stände finden, die seelisch Harten glänzen und die Kühnen erhöht werden. Menschkenntnis und Menschenliebe lassen eine Dichterin von volkstümlich starrem Erzählergeist einen buntfarbigen Roman schreiben, der zugleich Märchen und Traktat ist.

gm.

**Das Arzneimittelwesen im Kriege.** Der Krieg hat aus leicht begreiflichen Gründen, so schreibt Professor Dr. E. Nabow in der Chemiker-Zeitung, die empfindlichste Wirkung auch auf den Arzneimittelmarkt ausgeübt. Vor allem erscheinen die durch den plötzlichen Ausbruch des Weltkriegs entstandenen Verhältnisse einen gewaltig gesteigerten Bedarf an Mitteln für die notwendigsten chirurgischen und harnischen Maßnahmen. Das Volumenblitum vermag sich schwerlich auch nur annähernd eine Vorstellung zu machen von der Menge, die ein in den Kampf ziehendes Millionenheer an Verhandlungen antikeptischen, narkotischen und anästhetisierenden Mitteln benötigt. Während also auf der einen Seite der Bedarf an bestimmten Arzneimitteln besonders gestiegen ist, sind wiederum manche fast viel gebrauchte Heilmittel ganz in den Hintergrund geretzen, da mit Ausbruch des Kriegs — so paradox dieses auch scheinen mag — die Krankheiten in der Zivilbevölkerung eine bedeutende Abnahme erfahren haben, und demzufolge das Verlangen nach Arzneimitteln geringer geworden ist. Vielleicht ist die Erfahrung gemacht worden, dass der Krieg das Fühlen und Denken der meisten Menschen so gewaltig beeinflusst, dass die bisherige Leidenschaft den Schmerzen gar nicht bewirkt werden. In erster Rücksicht scheint das große Heer der Nervosen und hysterischen völlig umgewandelt.

Noch in einem dritten Punkte ist das Arzneimittelwesen nicht unweisenlich durch den Krieg beeinflusst worden; das Angebot von sogenannten Geheim- und Schwundmitteln ist geringer geworden. Derner ist es von Vorteil, dass wir jetzt die leicht erreichbaren teuren Spezialitäten, die aus Frankreich und England zu und kommen, jetzt deutsche Erzeugnisse erzeugen, und das das deutsche Publikum jetzt Gelegenheit hat, sich auch von dieser Modefahne freizumachen.

Aberlich hat der Vorsteher des Pharmazeutischen Instituts der Universität Berlin, Geheimer Professor Dr. Thomas, eine ausgedehnte Übersicht über den Kriegsbedarf an Arzneimitteln gegeben. Will man den Kriegsbedarf an Arzneimitteln richtig über-

schauen, so muss man sich klar sein über die Gefahren, die den Soldaten bedrohen. Diese lassen sich in zwei Gruppen einteilen: die Verwundungen und die Kriegsleiden. In der Wundbehandlung haben sich seit 1870/71 die Ausbausungen völlig geändert. Chloroform, Iodinlotion, Harzösungen, Wasserstoffperoxyd, Borlauge, Kreosol, Eisenlösung spielen hier eine große Rolle, daneben für die Narcole Chloroform und Äther und die vielen Sekundärthesia. Gänzlich verschoben hat sich das Verhältnis der Opfer der Kriegsleiden und der Verwundungen in den letzten Kriegen. Berechnet man nach einem Bericht Dr. Lichners die Zahl der Verwundungen mit 1, dann war in den Napoleonischen Kriegen das Verhältnis 1 : 4,38, 70/71 in den Deutschen 1 : 0,56 und im Russisch-Japanischen Krieg bei den Japanern 1 : 0,47. Man sieht deutlich an diesen Zahlen, was hier die Fortschritte der Hygiene zu bedeuten haben. Die deutsche chemische Industrie, so führt Nehemias Thomas aus, hat ähnlich wie auf dem Arzneimittelmarkt auch im Arzneimittelverkehr die Welt in ein Abhängigkeitsverhältnis gezwungen. Und so werden die Neuerungen, die fürstlich in der französischen Akademie der Wissenschaften gefallen sind, geradezu lächerlich. Man bezeichnete es dort als eine Schande, dass die französischen Herren die deutschen Mittel bevorzugen. Man könnte ebenjogt auch mit französischen Mitteln sterben, das ganze Geheimnis der deutschen Arzneimittel sei nichts weiter als geschickte Namengebung. Geradezu gräßlich mutet es an, wenn man hört, dass in Russland infolge Chloroformmangels auch die schwersten Operationen ohne Narcole vorgenommen werden. Die Organisation der deutschen Technik hat sich auch hier bewährt.

**Neues Theater.** Freitag, 7 Uhr: Der Evangelistmann. Sonnabend, 7 Uhr: Lohengrin. Sonntag, 7 Uhr: Mignon. Montag, 7 Uhr: Ein Wintermärchen. — Altes Theater. Freitag, 8 Uhr: Ein Wintermärchen. Sonnabend, 8 Uhr: Michael Kramer (neu einstudiert). Sonntag, 1/8 Uhr: Die Schön vom Strand. Montag, 8 Uhr: Der Freischütz. — Neues Operetten-Theater. Freitag, 8 Uhr: Der liebe Pepi. Sonnabend, 8 Uhr: Extrablätter. Sonntag, 1/8 Uhr: Unter der blühenden Linde. Montag, 8 Uhr: Der Edle Bauer.

**Leipziger Schauspielhaus.** Freitag, 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld (neu einstudiert). Sonnabend, 7 Uhr: Faust (halbe Preise). Sonntag, 1/4 Uhr: Über unsre Kraft, I. Teil (Einheits-

preise), 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Montag, 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

**Gattenbergtheater.** Freitag: Großstadtfest. Sonnabend: Das Glück im Winter. Sonntag: Großstadtfest. Montag: Das Glück im Winter. Dienstag: Verlorene Ehre. Mittwoch: Großstadtfest.

**Konzerte und Vorträge.** Am Sonntag, 2. Mai, nachmittags 4 Uhr, veranstalten der Männerchor Leipzig-West und der Männerchor Leipzig-Thonberg-Südostix unter der Leitung Paul Michaels in der Oberhalle ein Wohltätigkeitskonzert. Mitwirkende sind Konzertänger Ernst Schneller (Bariton), Oskar Fischer (Sopran) und Max West (Orgel und Klavier). Eintrittspreise 75, 50 und 20 Pf.

**Hermann Löns,** dem Sänger und Forsther der Heide, der bekanntlich auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen ist, soll ein Denkmal errichtet werden, und zwar in dem großen Naturpark der Lüneburger Heide. Ein besonders schöner und charakteristischer Heideberg soll im Utraufand belassen, für alle Zeiten als Lönsheide die Erinnerung an den Dichter, Naturforscher und Jagdkommandant festhalten. Die Anregung ist vom Verein Naturpark in Stuttgart ausgegangen, der auch für das Zustandekommen des Denkmals sorgen wird.

## Eingelaufene Schriften.

**Karl Ratho,** Briefe. Herausgegeben von Karl O. Ratho, Jena, Verlag von Eugen Diederichs. Preis 7 M.

**Paul Rohrbach,** Bismarck und wir (Anhalt: 1. Bismarckfeind; 2. Sprengt die englische Weltfessel; 3. Beleidigung der russischen Kaiserin). München, Verlag von F. Bruckmann A.-G. Preis 1 M.

**Krieg und Wirtschaft.** Kriegsliste des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Herausgegeben von Edgar Hoff, J. West, Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis 8,80 M.

**Georg Dost,** Paul de Lagardes nationale Religion. Jena, Verlag von Eugen Diederichs. Preis 10 Pf.

**Friedrich Gogarten,** Religion und Wohlstand. Jena, Verlag von Eugen Diederichs. Preis 80 Pf.

## Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Leipzig, Tauchaer Str. 13 u. Wurzner Str. 11

### J. Schneider & Co.

Kontor: Mittelstraße 10. Telefon Nr. 99 und 4525  
Niederlage: Leipzig-Neustadt, Tauchaer Straße 37

#### Speditions- u. Kohlengeschäft

#### Rosiger Briketts „Marke Rosig“

#### Beste Stein- und Braunkohlen

In Westfäl. Preishöfts :: Anthrazitkohlen

Brennholz zu billigsten Tageßpreisen.

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten der Leipziger Volkszeitung.

#### Alkoholfreie Getränke

G. Stock, Schützenstr. 5, Tel. 10338

Apfel-Bierer, Weiß-, Rotwein,

Badeanstalten

Aut. Bad Elsterhainstraße 55

Dampf-, Wannen- und Kurbäder,

Kurbäderehre, 1. Str. Kurbaderehre,

Bäckereien, Konditoreien

Alex. Bernstorff, Nürnbergstr. 24.

O. Wiesch, Flieg., Wittenbergstr. 24.

O. Büttcher, Reud., Gleichenstr. 18.

F. Ehrlich, Connew., Gleichenstr. 18.

G. Friedl, Gleichenstr. 18.

M. Hahn, Mückensche Str. 28.

Lüder, Uhlandstraße 4b.

Orio Hädicke, Leipzigerstr. 89.

Rob. Kahrs, Konradstr. 42.

M. Kettner, Harkort-, Bielefelderstr. 31.

H. Knorr, Uhl., Kästlestr. 11.

Fritz Lachmann, Torgauer Str. 25.

Max Langfeld, Schles. Biegellstr. 8.

H. Lischke, Döllitz, Gleichenstr. 1.

C. Meissner, Mö., Kirchstr. 4.

Fritz Rieger, St., Elsterstr. 25.

O. Rödiger, Sch., Blumenstr. 12.

Bruno Schöne, Wigandstraße 44.

Afr. Thelle, L., Ecke Calv. u. Oststr. 51.

Gust. Salomon, Eutritzscher Str. 69.

Hofst. garant. reines Roggengr.

brot m. Vollgericht. T. 1088.

Ang. Wegelein, L., Kulturmstr. 12.

E. Klemm, N.-Schmied., Neustadt 4.

Beerdigungsanst., Sargm.

Arnold, verm. Fuchs, Bogislawstr. 28.

Rob. Hellmann, Telefon 4411

Pietät, Matthäikirchhof 28

Tel. 552 u. 14915.

Gebr. Reiche, L., Zscherche Str. 12.

Lit. St. 48, Kess. St. 38.

Beifedern, Bettion, Heimling

Louis Köttsch, Co., Pfefferstr. 50.

J. Schwartz, Brühl 50, G. 1796

Bilderdienst, Inhaber

Oswald Klempler, Torgauerstr. 42.

Brauereien, Bierhandl.

F. A. Ulrich

Bierbrauerei Zwenkau A.-G.

Zwenkau.

J. Pottkämper, Biertritzsch

auslass

Malz u. Hopfen gehr. Bier.

Uno Lutz, Aut. Hall. Str. 118.

Witt-Drog., Schleifer, Sitz. Bockstr. 18.

Briketts, Kohlen

Hoch, Baeck., Soll., Schleifer, Str. 18

Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 39

A. Günther, Kästlestr. 20, T. 10884

Herrn. Haferkorn, Co., Flieg.

O. Hammer, Co., Nieders. u. Bammer

Ernst Häuser, Südstadt 24.

Oskar Helmrich, Bildonstr. 27.

Karl Helmrich, Albertstr. 18.

Alb. Hitzer, Kästlestr. 30.

Oswald Kluge, Südst. 18.

Emil Körner, Eu., Teranienstr. 55

Carl Lehmann, Auguststr. 34, T. 4831

Oswald Lindner, A., Zwischenstr. 52.

Karl Robert Otto, L., Uhlandstr. 27.

P. Pannicke, Volk., Rabitz 81.

Will. Pätz, Lind., Gund. Str. 18

H. Reichenbach, Bielestr. 18, T. 4572.

Herrn. Reinhardt, L., Ritterstr. 40.

Ernst Riedes, Lind., Markt 18.

K. Schmidt, Thonb., Reitzstr. 51, St. 81.

W. Staudt, Vo., Bildstr. 21, Kirche 9.

Herrn. Vogler, Sophienstr. 40.

Th. Weiner, Ziegelplatz, 25, T. 1125.

Damen- u. Kinderkleid.

Sächs. Hut - Industrie

V. H. Maechelin, Grimmaische Str. 17

#### Vorteilhaft kaufen Frauen

wenn sie sich Katalog B über

#### Hygienische Gummiwaren

#### Irrigatoren

#### Mutterspritzen

#### Damenbinden

sindern lassen. Alle

#### Artikel zur Krankenpflege.

#### Versandhaus Kosmetika

Leipzig, Arndtstr. 37, pt. 1\*

Neballseife, 5Pfb. 1.30.M., vorzgl. z. Wäsche.  
Tauchaer Str. 40, Laden  
Jelzer Str. 10, i. Kontor  
und Lindenau  
Kaiserstraße 5, Laden.

Es empfiehlt sich, kleine  
Zuckerat auf  
Postanweisungen

zu schreiben. Das Porto  
beträgt für Beträge bis

5 Mark nur 10 Pf.

## Verein Hauspflege.

Der Verein „Hauspflege“ bezweckt, Familien, in denen die Mutter durch Krankheit oder Wochenbett an der Zeitung der Wirtschaft verhindert ist, Hilfe zu gewähren durch Pflegerinnen, welche den Haushalt besorgen und die Kinder betreuen.

#### Pflegegejüche

werden entgegengenommen: Burgplatz, Stadthaus, Zwisch.-Gesch., Zimmer 727, wochentags 9—

# Die Steuerdebatte im Stadtverordnetenparlament

(Sitzung vom 14. April 1915.)

In einer kurzen gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurden eine Anzahl Sachverständige für die Abschätzung von Militärlieferungen gewählt.

Vorsteher Dr. Roth eröffnete darauf die Sitzung der Stadtverordneten und gab von einigen Eingängen Kenntnis. Unter den Mitteilungen des Rates befinden sich die Beschlüsse über die Erweiterung der Kriegsunterstützung auf Angehörige von Kriegsteilnehmern, die erst nach der Einberufung ihres Ernährers zugezogen sind, und auf die Eltern und Großeltern Eingezogener.

In einer Eingabe verlangt ein Postassistent die Abgabesteuerung der Hunde. Zwei Einwohner ersuchen in einer Eingabe, die Pflichtsteuer für Hunde in eine Billettsteuer umzuwandeln. Stadtv. Hennig (Mittelst.) machte die Eingabe zur seinigen.

Nach der Mitteilung des Vorsteher, daß die nächste Sitzung erst in vierzehn Tagen stattfindet, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Gegen die Wahlen der Einschätzungscommission für L.-Modau und L.-Schönsfeld sind Einsprüche erhoben worden. Die Einsprüche wurden berücksichtigt und damit andre Personen gewählt.

Für den 1., 62., 70. und 80. Markt wurden Erbarmänner der Waisenräte gewählt. Dem zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn in der Bornaischen Straße zwischen Schloß- und Großeckstraße wurde zugestimmt. Die Kosten trägt die Leipziger Straßenbahn. Der Vorlage zum Konto 43 „II. Krankenhaus zu St. Georg“ wegen des Betriebs der Straßenbahnhalbstrecke wurde zugestimmt, mit dem Ansatz, den Rat zu ersuchen, mit der Leipziger Elektrischen Straßenbahn einen Abkommen über Einführung des vollen  $7\frac{1}{2}$ -Millionen-Berlehrd ohne Anhangswagen zu treffen.

Ferner wurde dem Ratsbeschuß zugestimmt, wonach auch solchen in der Stadt Leipzig wohnenden Kriegerfamilien, die an keine Kranenkasse Ansprüche haben und die Kriegsunterstützung von einer Gemeinde des Lieferungsverbands der Amtshauptmannschaft Leipzig beziehen, durch die Ortsrentenfeste Leipzig-Stadt auf Kosten der Stadt Leipzig freie ärztliche Behandlung und Arzneivermittlung zu lassen und die dadurch entstehenden Kosten aus den für diese Kranenkasse bereitgestellten Mitteln zu bewilligen.

Stadtv. Petz (Mittelst.) kam dabei auf das Verhältnis zwischen der Amtshauptmannschaft und der Stadt zu sprechen, wurde aber vom Vorsteher daran gehindert, weil es nicht zur Sache gehöre.

Als Reaktion für die selbständige Neuermeldeanlage im Handelshof forderte der Rat die Nachbewilligung von 1000.20 M. Das Kollegium bewilligte aber nur eine Abfindung von 1500 M. mit der ausdrücklichen Erklärung, daß auf diese Art Differenzen bei Bauten nicht wieder erledigt würden.

Für etwa 585 Quadratmeter Land, das zur Straße des 18. Oktober fällt, wurde 20 M. Entschädigung für den Quadratmeter festgesetzt.

Zur Eingabe über vermehrte Belastung der Privatarchitekten bei Vorbereitung und Planung städtischer Bauten, beantragten die Ausschüsse, die Eingabe dem Rat zur Erwagung zu überweisen.

Der Referent, Stadtv. Räppler (1. Klasse), schilderte die schlechte Lage der Privatarchitekten und ersuchte den Rat, schon jetzt Aufgaben zu stellen.

Stadtv. Krebs (Soz.) sprach gegen den Antrag. Es ginge nicht an, auf Kosten der Steuerzahler einzelne Berufsschichten zu unterstützen, da dies "die alten etablierten" Stände im gleichen Maße geschädigen würde. In Stand könne nicht verlangen, daß er besonders behandelt würde. Bei der Beratung über die Eingabe sei das Hochbauamt scharf angegriffen worden. Es sei nicht auf der Höhe. Es sei nicht weniger verlangt worden, als eine Reihe von Beamten aus dem Hochbauamt zu entlassen, damit die Herren Privatarchitekten städtische Aufträge erhalten. Das liege aber nicht im Interesse der Stadt. Wenn die Herren Architekten Karottos oder Betriebskonsulenten geworden wären, ginge es ihnen jetzt auch besser. Es geht ihnen aber nicht schlechter als den Volkschichten, denen es immer am schlechtesten geht.

Stadtv. Pflaume (Mittelst.) bestritt, daß berücksichtigt sei, daß Hochbauamt fortzuführen. Darauf wurde die Eingabe gegen die 17 Stimmen der Sozialdemokraten dem Rat zur Erwagung überwiesen.

Dem Verkauf von 800 Quadratmetern Land in Rüdersdorf zum Preis von 1 M. für den Quadratmeter an die Eisenbahn-Direktion Halle a. S. wurde zugestimmt.

Die Errichtung von 6992.33 M. Unterbaulosten und Bewilligung von 358 M. Beitrag zum Schulenbaufonds für die Karl-Krause-Straße zwischen Spichern- und Saardräudenstraße aus dem zukünftigen Bauabgabefonds für L.-Großendorf-Südost fand Zustimmung.

Als Entschädigung für Platz- und Straßenland an der Lüderich-Pfeilige- und Sellerhäuser Straße wurden 15 M. für den Quadratmeter festgesetzt.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet die

## Gesetzgebung der städtischen Einkommenssteuer für das Jahr 1915.

Nach der Ratsvorlage sollen 150 Prozent des Normalsteuersatzes erhoben werden. Ferner sieht die Ratsvorlage die Streichung der in Konto 6 eingestellten Überweisung von 500.000 M. an den Schulbaufonds, die Einstellung von 3 Millionen Mark als Beitrag des Betriebsvermögens zur Deckung des Fehlbetrags des Betriebs und von 200.000 M. Zulauf wegen der eingemeldeten Vororte Modau und Schönsfeld in Konto 42, sowie verschiedene Änderungen des Haushaltplans für 1915 vor. Der Finanzausbausch hat folgende Anträge gestellt:

1. den vom Rat in seiner Vorlage unter I 1 bis 6 gestellten Anträgen anzustimmen,
2. den unter II mitgeteilten Haushaltplanänderungen Kenntnis zu nehmen,
3. die Ratenzahlungen an das Betriebsvermögen, die im Haushaltplan 1915 in Höhe von 814.193.00 M. eingestellt sind, nachträglich zu streichen,
4. die in demselben Haushaltplan eingestellten Tilgungen der Betriebskonten, die an das Stammbvermögen abgeführt werden, in Höhe von rund 50.000 M. ebenfalls nachträglich zu streichen,
5. für das Jahr 1915 an städtischer Einkommenssteuer 140 Prozent des Normalsteuersatzes in 2 gleichen Raten von je 70 Prozent zu erheben,
6. den Rat zu ersuchen, den Beschlüssen unter 3 bis 5 zu stimmen.

Das Referat hielt Stadtv. Tobias (1. Abt.). Er führte aus: Die Festsetzung des Satzes für die städtische Einkommenssteuer und dessen unvermeidliche Erhöhung in diesem Jahre sei eine recht unverkühlte Aufgabe. Anguerken sei, daß trotz der Verlustung und der Einberufung eines Teils der städtischen Beamten keine Verzögerung der Vorlage und keine Verschiebung des Steuerterminal eingetreten sei. Auf den früher üblich gewesenen Modus, zunächst nur den Steuersatz für den 1. Termin festzulegen und den Satz für den 2. Termin erst im Hochsommer festzulegen, könne man jetzt bei dem Mangel an Arbeitskräften nicht zurückkommen. Außerdem würde man aber auch im Juni genau so klug sein wie heut.

Ein genauer Überblick des Einschätzungsgergebnisses sei zurzeit noch nicht möglich, da von den 75 vorhandenen Distrikten erst die Ergebnisse von 25, meiste kleineren Distrikten vorliegen. Aber bereits der 2. Sitzungstermin des Jahres 1914, der als Unterlagen dienen könnte, habe einen Ausfall von 15 Prozent des vorjährigen Steuerflosses ergeben. Außerdem müsse mit einer weiteren Verschlechterung der Steuerverhältnisse gerechnet werden, und man müsse dem Rat zustimmen, wenn er einen weiteren Ausfall von 10 Prozent annimmt. Das Bild werde sich etwas zugunsten der Stadt verschieben, wenn eine von der Stadt beim Oberverwaltungsgericht anhängig gemachte Klage — wie zu erwarten sei — zugunsten der Stadt entschieden werde. Die Klage richte sich gegen eine Entscheidung, nach der die Stadt das Einkommen aller Personen steuerfrei lassen sollte, die in Kriegsformation seien. Nur das Einkommen aus Grundboden oder Gewerbebetrieb soll versteuert werden. Wenn aber ein Angehöriger des Beamtenstandes in Leipzig Haushalter ausstünde oder sonstigen Dienstleistungen, so brauche er ein Gehalt, Renten, Kapitalanlagen usw. nicht zu versteuern. Die in Frage kommenden Personen hätten wohl selbst nie daran gedacht, daß sie steuerfrei seien. Es sei zu hoffen, daß das Oberverwaltungsgericht nicht nach dem Abschluß des Gesetzes, sondern nach modernen Grundlagen der Rechtsprechung nach dem Sinne urteile und den Standpunkt des Rates, daß nur aktives, reguläres Militär von den Steuerpflichten frei sein sollte, als richtig anerkannt werde. Für die Stadt Leipzig würde das eine Mehreinnahme von über 1 Million Mark bedeuten. jedenfalls müsse man damit rechnen, daß die Stadt gegen den Voranschlag folgende Mindesteinnahmen haben werde: Ausfall an Einkommensteuer 885.000 M., Grundsteuer 100.000 M., Vermögenssteuer 151.000 M., Städtische Werke, Mindesteinnahme 340.000 M., Mehrzuschuß beim Ausführungsweisen (sogleich 700.000 Mark aus der Kriegsrente schon ausgeführt sind) 334.000 M., Polizei 140.000 M., Quartieramt 155.000 M. Das sei ein Ausfall von 2.201.000 M. Auch die andern Konten seien durch den Krieg ungünstig beeinflußt, so daß der verfügbare Kostenbestand von 3.628.651.18 M. auf 227.478.27 M. herabgesunken sei. Dabei habe die Stadt im Jahre 1914 Ausgaben bewilligt, aber noch nicht belastigt 689.446.74 M., so daß ein Fehlbetrag von 455.968 M. des Jahres 1914 trotz des Verbrauchs der 3½ Millionen Überschuss sich ergebe, der 1915 mit gedeckt werden müsse. Nach dem Haushaltplan sollen 25.772.015.52 M. durch Einkommenssteuer gedeckt werden; davon gingen ab Abstriche 2.000.000 M. bleiben zu decken durch Einkommenssteuer 23.100.000 M. gegenüber 120 Prozent des Vorjahrs. Ein Prozent des Einkommenssteuer habe im Jahre 1914 107.000 M. betragen und sei jetzt auf 115.000 M. gestiegen.

Ergebnis habe gar nichts direkt mit dem Kriege zu tun, sondern das seien nur normale Ausgaben. Das Mindesterträgnis beruhe auf Manko von Einnahmen und Mehrzuschüssen, indirekt durch den Krieg veranlaßt. Wollten wir das ganze Soll decken, so seien 175 Prozent Steuern erforderlich. Um das zu vermeiden, schlage der Rat vor, einen Griff ins Betriebsvermögen von 3 Millionen zu tun, dann bleibten noch zu decken 200.000 M. Es gehe sich jetzt, daß eine richtige Finanzpolitik gewesen sei, wenn man in den letzten Jahren das Betriebsvermögen geschaffen habe. Man bedürfe auch in der Zukunft des Betriebsvermögens und müsse es auch in späteren Jahren wieder auf 7 Millionen oder mehr Mark bringen. Der Nebner weist dann darauf hin, daß es im nächsten Jahre mit den Steuerverhältnissen noch schwieriger stehen werde. Weiter betont er die Notwendigkeit einer sparsamen Wirtschaft. Wenn man den heutigen Abschluß früher geahnt hätte, würde manches nicht bewilligt worden sein. Erstaunt sei man gewesen, daß der vorjährige Abschluß nicht größere Ersparnisse gebracht habe, obgleich der Rat bei Ausbruch des Krieges die größte Sparsamkeit angestrebt habe. Es hätte sich doch nun auch irgendwie die Wirkung einer sparsamen Wirtschaft zeigen müssen. In Dresden erhebe man nur ein Mehr von 5 Prozent. Der Rat möge doch, ehe er neue Vorlagen bringe, gründlich untersuchen, ob die Ausgaben auch wirklich notwendig seien. Ganz besonders solle sich das Schuldegnernat in seinen Forderungen mäßigen. Bedauerlich sei es, daß a. B. den Anregungen des Stadtverordnetenkongresses wegen der Mädchenschöpfungsschule nicht Beachtung getragen worden sei. Der Herr Bürgermeister habe erklärt, daß beim Abschluß für 1914 größere Ersparnisse nicht gemacht werden konnten, weil ein großer Teil der bewilligten Summen bereits ausgegeben seien. Von anderer Seite habe man im Ausdruck die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse als ungünstig hingestellt, weil ein großer Teil Personen aus der Ordinkrankenfeste ausgeschieden seien. Dagegen habe man eingewendet, daß dies durch die Einnahmen zum Militär veranlaßt sei. Um Finanzausbausch sei man der Meinung gewesen, daß ein Sprung von 30 Prozent im Steuersatz zu hoch sei. Man müsse berücksichtigen, daß bei der Abschätzung das Durchschnittseinkommen der Jahre 1911–1913 zugrunde gelegt werde, also ein höheres als das von 1914. In Wirklichkeit würde man also wohl von einer Erhöhung um 40 Prozent sprechen. Es seien deshalb vom Referenten Vorschläge gemacht worden, wie man die Erhöhung um 10 Prozent, also auf 140 Prozent, herabstellen könnte. Man müsse dann aber dem Rat auch einen Weg zeigen, wie man die zehn Prozent auf andre Weise beschaffen könnte. Man habe nun vorgeschlagen, die für das Jahr 1915 vorgesehenen Raten, die dem Betriebsvermögen zugezahlt werden, für dieses Jahr an dänischen zu legen. Das bedeutet nur, daß eine größere Ausgabe, die in mehreren Jahresraten zu tilgen sei, ein Jahr später getilgt werde. Dieser Weg sei ganz unbedenklich. Es werde niemand geschädigt, höchstens blühe das Betriebsvermögen die Zinsen für ein Jahr ein. Die im Jahre 1915 an das Betriebsvermögen zu zahlenden Raten betrügen 814.193.00 M. Ferner wurde vorgeschlagen: die Tilgung der Betriebskonten im Haushaltplan 1915, die jährlich an das Stammbvermögen gezahlt werden, im Betrage von 50.000 M. im Jahre 1915 auszuführen. Das ist dem Stammbvermögen, was außerordentlich niedrig im Buche steht, nicht weh. Die Ersparnisse nach den beiden Vorschlägen würden rund 804.000 M. betragen. Mit diesen Maßnahmen habe sich der Oberbürgermeister für seine Person eingerstanden erklärt. Der Finanzausbausch habe sie einstimmig angenommen.

Des weiteren sei vorgeschlagen worden, aus dem Schulbaufonds die im April 1914 mit Rücksicht auf die damals besonders günstige Finanzlage diesem Fonds aufgeführten 750.000 M. wieder dem Betriebsvermögen zurückzugeben. Aus diesem Fonds, dem sonst jährlich nur 350.000 M. aufgeführt werden, sollten erst Schulen gebaut werden, wenn der Fonds 2 Millionen Mark enthalte. Nähme man die 750.000 M. wieder heraus, so würde der Fonds immer noch die gleiche Höhe wie Anfang Januar 1914 — etwa 1 Million Mark — betragen. Vom Oberbürgermeister sei diesem Vorschlag widersprochen worden, weil dies der erste Schritt sei, Rücklagen anzugreifen. Leipzig habe erst in den letzten Jahren mit Rücklagen begonnen. In den nächsten Jahren müsse viel mehr als bisher zurückgelegt werden. Diesen verdeckte den geringen Zuschlag in diesem Jahr gerade Rücklagen. Der Rat wird den verdeckten Zuschlag den verdeckten Rücklagen entsprechen. Das bedeutet, daß die Verhältnisse in unserer Stadt noch ungünstig sind. Der Rat wird die Ausgaben auf spätere Jahre und durch Heranziehung anderer Mittel oder nur durch Erhöhung des Steuersatzes erfolgen soll. Ich würde gern dem Herrn Bürgermeister folgen, wenn ich die Abschätzung hätte, ob 175 Prozent Steuern erforderlich seien. Er hat sich erst nach eingehender Erwägung entschlossen, 170 Prozent anfordern. Auch wir haben uns gefaßt, daß die Erhöhung unter den heutigen Verhältnissen ein schweres Opfer bedeutet. Wir haben und trocken dazu entstehen müssen, in der Ausführung der Grundfälle, die wir bisher in der städtischen Finanzwirtschaft befolgt haben. Der Verbeiterstatter hat bestätigt, daß über die Richtigkeit des vorgelegten Zahlenmaterials Einverständnis zwischen Rat und Finanzausbausch besteht. Der Fehlbetrag ist da und muß gedeckt werden. Auseinander gehen unter Aufsicht darüber, ob die Deckung durch Schließung von Ausgaben auf spätere Jahre und durch Heranziehung anderer Mittel zu realisieren. Überbürgermeister Dr. Dittrich: Auch dem Rate ist die Lage sehr ernst erschlossen. Er hat sich erst nach eingehender Erwägung entschlossen, 170 Prozent anfordern. Auch wir haben uns gefaßt, daß die Erhöhung unter den heutigen Verhältnissen ein schweres Opfer bedeutet. Wir haben und trocken dazu entstehen müssen, in der Ausführung der Grundfälle, die wir bisher in der städtischen Finanzwirtschaft befolgt haben. Der Verbeiterstatter hat bestätigt, daß über die Richtigkeit des vorgelegten Zahlenmaterials Einverständnis zwischen Rat und Finanzausbausch besteht. Der Fehlbetrag ist da und muß gedeckt werden. Auseinander gehen unter Aufsicht darüber, ob die Deckung durch Schließung von Ausgaben auf spätere Jahre und durch Heranziehung anderer Mittel zu realisieren.

Der Steuern in großem Umfang rechnen. Das Betriebsvermögen werde jetzt schon um 3 Millionen Mark geschrumpft; es sei aber ein unbedingt notwendiger Bestandteil des städtischen Haushaltplans. Der Antragsvorschlagnahme des Schulbaufonds könne der Rat auf keinen Fall zustimmen. Von anderer Seite sei darauf hingewiesen worden, daß man sich nie verpflichtet habe, etwas in den Schulbaufonds zu legen, sondern nur, wenn es die Verhältnisse zulassen hätten.

Bei der Abstimmung sei im Ausschuß die Antragsvorschlagsnahme des Schulbaufonds mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Dagegen habe man die Anteile 3 und 4 einstimmig angenommen. Der Generalvotum von 150 Prozent ist gegen eine Stimme, der Satz von 140 Prozent mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Schließlich habe man die Erhebung eines Steuersatzes von 140 Prozent gegen drei Stimmen beschlossen.

Zusammenfassend sagt der Referent zum Schluss: Anzuwenden haben wir an Steuern 20.100.000 M.; 110 Prozent wären bei einem Normalzahler von 136.000 M.; 10.040.000, bleibt ein Fehlbetrag von 1.000.000 M. Einverständnis herrsche wohl auf allen Seiten, daß die 500.000 M. ohne Bedenken zurückgeführt werden können. Es würde dann zur Deckung dieser 1.000.000 M. abschließlich rund 900.000 Mark überhaupt nur ein Fehlbetrag von 200.000 M. sein, um mit 140 Prozent Steuer ankommen zu können; es fehlen also 1½ Prozent des normalen Steuersatzes. Würde man 150 Prozent nehmen, müßten die Steuerzahler 8½ Prozent zuviel bezahlen, bei 145 Prozent würden sie ½ Prozent mehr wie gebraucht wird, bezahlen. Bei 140 Prozent fehlen 1½ Prozent gleich 200.000 M. Nun kann man doch wohl nicht annehmen, daß in einem solchen großen Millionen-Satz, wo es sich noch um Einschätzung der auten Jahre bis 1913 handelt, 200.000 M. irgendwo aufzubringen sein werden. Außerdem soll man nicht, wenn 141½ Prozent erforderlich sind, nun nach oben abrunden. Also, wie genau, es handelt sich für uns jetzt nur darum, nach den Beschlüssen des Ausschusses Deckung für 1½ Prozent gleich 200.000 M. zu finden. Nehmen Sie aber das Schulbaufond zu zuletzt aufgeführte heraus, so haben Sie neben der Deckung der 1½ Prozent eine Reserve von ½ Million auch für ungünstige Verhältnisse geschaffen.

## Die Debatte

Eröffnet Stadtv. Dr. Aufschulz (1. Abteilung): Er führt aus: Der Referent habe zum Schluss gefragt, ob es keine Möglichkeit gebe, eine Quelle zu finden, aus der man die fehlenden 200.000 M. schöpfen könne. Ich möchte deshalb erneut auf den Schulbaufonds hinweisen. Ich würde es nicht für bedeutsam halten, diesem Fonds einen Teilbetrag zu entziehen. Der Fonds liegt zurzeit brach, denn er soll erst verwendet werden, wenn er die Höhe von 2 Millionen Mark erreicht hat. Es kann nicht bedeutsam sein, aus einem Fonds zu schöpfen, um Mittel zu schaffen, die dringend erforderlich. Es fehlen einem solchen Eingriff wedder grundsätzliche noch verfassungsmäßige Bedenken entgegen. Die beiden Kollegen, die den Fonds gegründet haben, sind auch souverän, ihm Mittel zu entziehen. Ich möchte nun einen Vermittlungsvorschlag stellen. Wir wollen aus dem Fonds nicht die volle ihm aufgeführte Summe von 750.000 Mark wieder herausnehmen, wohl aber die Differenz zwischen dieser Summe und dem dem Fonds sonst zugeschafften Betrag von 250.000 M. Ich halte also den Anteil, dem Schulbaufond zuletzt aufgeführte heraus, so dass wir neben der Deckung der 1½ Prozent eine Reserve von ½ Million auch für ungünstige Verhältnisse geschaffen.

Überbürgermeister Dr. Dittrich: Auch dem Rate ist die Lage sehr ernst erschlossen. Er hat sich erst nach eingehender Erwägung entschlossen, 170 Prozent anfordern. Auch wir haben uns gefaßt, daß die Erhöhung unter den heutigen Verhältnissen ein schweres Opfer bedeutet. Wir haben und trocken dazu entstehen müssen, in der Ausführung der Grundfälle, die wir bisher in der städtischen Finanzwirtschaft befolgt haben. Der Verbeiterstatter hat bestätigt, daß über die Richtigkeit des vorgelegten Zahlenmaterials Einverständnis zwischen Rat und Finanzausbausch besteht. Der Fehlbetrag ist da und muß gedeckt werden. Auseinander gehen unter Aufsicht darüber, ob die Deckung durch Schließung von Ausgaben auf spätere Jahre und durch Heranziehung anderer Mittel zu realisieren. Überbürgermeister Dr. Dittrich: Auch dem Rate ist die Lage sehr ernst erschlossen. Er hat sich erst nach eingehender Erwägung entschlossen, 170 Prozent anfordern. Auch wir haben uns gefaßt, daß die Erhöhung unter den heutigen Verhältnissen ein schweres Opfer bedeutet. Wir haben und trocken dazu entstehen müssen, in der Ausführung der Grundfälle, die wir bisher in der städtischen Finanzwirtschaft befolgt haben. Der Verbeiterstatter hat bestätigt, daß über die Richtigkeit des vorgelegten Zahlenmaterials Einverständnis zwischen Rat und Finanzausbausch besteht. Der Fehlbetrag ist da und muß gedeckt werden. Auseinander gehen unter Aufsicht darüber, ob die Deckung durch Schließung von Ausgaben auf spätere Jahre und durch Heranziehung anderer Mittel zu realisieren.

Stadtv. Tobias (1. Abt.): Wir wollen jetzt nicht die Verhältnisse für 1916/17 bedenken, sondern die für 1915. Der Kernpunkt der ganzen Sache ist doch der: Uns fehlen 200.000 M., um mit 140 Prozent auskommen zu können. Ich will einen Antrag stellen, der und nicht nur diese 200.000 M., sondern sogar 300.000 M. bringt. Eigentlich müßte uns der Rat selbst diesen Antrag bringen, er ist die Konsequ

deshalb eine Vorlage ein, daß 720 000 M. aus dem Betriebe nachzubewilligen seien. Die Vorlage wurde angenommen und später kam der Rat mit dem Antrag, diese Summe wieder aus dem Betriebe herauszunehmen und auf die Kriegsanleihe umzuwenden, weil alle durch den Krieg hervorgerufenen Mehrausgaben durch die Kriegsanleihe zu decken seien. Diesem Grundsatz und der Vorlage habe das Kollegium im März zugestimmt. Jetzt erfährt man nun, daß der Rat zu der Überzeugung gekommen ist, daß die um 700 000 Mark vermehrten Armenlasten nicht ausreichen und weitere 334 000 Mark nötig sind. Da ist es doch folgerichtig, daß man diese 334 000 Mark auch dorthin nimmt, wo man die 700 000 M. hergenommen hat. Deshalb beantrage ich — unter Abrundung der Summe nach unten — 300 000 M. aus der Kriegsanleihe zu nehmen und dem Betriebe zuzuführen. Das ist korrekt und wir haben auf diese Weise 300 000 M. gespart. Daneben wollen wir aber noch dem Antrag Anhänger zutun, damit wenigstens die 400 000 M., die wir dem Schulbaufonds mehr zugesetzt haben, wieder herausgenommen werden. An andern Fonds ist gar nichts drin und trotzdem nehmen wir immer heraus. (Strophe Reiterseite). Am Schulbaufonds ist wenigstens wirklich etwas drin. Wenn wir den Antrag annehmen, schwässen wir und noch eine Reserve von einer halben Million Mark.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich: Mit einer solchen Begründung kann man alles beweisen. Mit den andern Fonds liegt die Sache ganz anders. Der Beitrag aus dem Schulbaufonds soll doch jetzt zu einem ganz andern Zweck verwendet werden als zu dem, zu dem er bestimmt war. Früher hat der Herr Berichterstatter selbst den Standpunkt vertreten, daß Schulen nur aus dem Schulbaufonds zu bauen seien. Auf dem steht von ihm eingeschlagenen Wege kann ich ihm nicht folgen. Die von und auf die Kriegsanleihe umgebauten 700 000 M. waren nur durch den Krieg hervorgerufen; das kann man aber von den 334 000 M. nicht sagen. Diese müssen wir aus dem Betriebe nehmen. Wir dulden keine Betriebsausgaben aus der Anteile. Wir müssen uns gerade unter den heutigen Verhältnissen darüber klar werden, daß in den nächsten zwei, drei Jahren weitere Erhöhungen der Steuern eintreten müssen. Wir müssen jetzt schon Vorkehrungen treffen, daß diese Erhöhungen nicht allzu sprunghaft vor sich gehen.

Stadtv. Meiners (1. Abt.): Wendet sich gegen den Antrag Anhänger. Er meint, wir erscheinen es falsch, dem Schulbaufonds Summen zu irgendwelchen andern Zwecken zu entnehmen. Ebenso erscheint es mir zweifelhaft, ob man die 300 000 M. aus der Kriegsanleihe decken kann. Lebrihens werden auch jetzt Ausgaben für Schulbauten, z. B. für die Bürotypischen Schulen, aus dem Schulbaufonds bestreiten. Die Fonds sind für mich ein nöti. ne lange. Mir ist es schon sehrmerlich, daß aus dem Betriebsvermögen 3 Millionen Mark genommen werden und 800 000 M. Rückzahlungen unterbleiben sollen. Reder von und weiß, daß wir 1916 schlechter daliehen werden als heute, deshalb ist Vorsorge am Platze. Der Redner beantragt, den Steuersatz auf 14% Prozent zu erhöhen, wovon 76 Prozent zum ersten und 70 Prozent zum zweiten Termin zu erheben sind.

Stadtv. Pöllendorf (Soz.): Die heute vorgetragenen Erhöhungen des Berichterstattlers veranlassen mich, auch hier im Plenum meine Stellung kurz darzulegen. Der unter recht eigenartiger Konstellation der verschiedenen Richtungen zustande gekommene Antrag, den Steuersatz auf 14% Prozent zu beschränken, ist für mich ein neuer Beweis, daß das Steuerzahler eine recht unangenehme Beobachtung ist, auch für die sehr leistungsfähigen Herrschäften. Ich bin der Ansicht, daß wir nicht wissen, wie sich in der nächsten Zeit die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten werden. Wir werden auch Rücksicht nehmen müssen auf diese Verhältnisse. Die Zahl der verleidungspflichtigen Personen ist nach alten Erfahrungen ein sicherer Grundmaß für die Konjunktur. Die Tatsachen, die ich im Ausdruck durch Zahlen belegt habe, kann man nicht mit einer Handbewegung oder dem Zwischenrufe, die Ausschreden ständigen im Felde, abtun. Ich will nur bemerken, daß nicht nur die Zahl der männlichen Versicherten abgenommen hat, sondern auch die Zahl der weiblichen Versicherten ist um 10 000 gesunken. Diese sind doch aber sicher nicht ins Bild gegangen. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß das ganze Wirtschaftsleben unserer Stadt abgenommen hat. Das hat zur Folge, daß auch die Steuererträge erheblich niedriger ausfallen werden. Diesen Umstand müssen wir jetzt mit ins Auge fassen. Wir haben in diesem Jahre keinen Überblick, aber 1916 haben wir noch viel weniger damit zu rechnen. 1916 können wir aber dann nicht wieder das Betriebsvermögen mit drei Millionen Mark in Anspruch nehmen. Das läßt sich nicht wiederholen.

Weiter haben wir zu berücksichtigen, daß die gesamten Angaben für den Antrag durch Anleihe beschafft worden sind. Diese müssen wir nun auch verantworten. Wir haben damit zu rechnen, daß die geborgten Mittel 20 Millionen Mark betragen. Das ergibt eine jährliche Verzinsung von einer Million Mark, und damit wird schon der Staat von 1916 belastet. Wenn ich mich als Vertreter der 3. Klasse angestellt der bestehenden Steuerung berufen glaube, meine mahnende Stimme zu erheben, so gefährdet das, um davor zu warnen, daß wir im Augenblick zu unzulässig handeln. Es werden anhören Kalamitäten kommen, und dann werden wir mit Hilfe Reserven noch viel notwendiger brauchen als heute. Der arbeitenden Klasse wird es ja jetzt sehr schwer werden, auch nur ein paar Groschen mehr Steuern zu zahlen. Wenn ich trotzdem dafür eintrete, daß fünf Prozent mehr zu zahlen sind, so werden sie wohl glauben, daß das außerordentlich dringende Grunde maßgebend sind. Ich muß mich dagegen wenden, daß nur das Prinzip der Sparfamilie allein gelten soll, auch, wenn es am falschen Platze angewendet wird. Am Schulwesen ist z. B. das Sparen nicht angebracht. Wir müssen auch nicht, was uns die Zukunft bringen wird. Vielleicht beabsichtigt man so zu sparen, daß die Arbeiter am meisten darunter zu leiden haben. Wir müssen nicht, mit was für Steuerplänen man sich traut. Seit Jahren plant man ja schon die Einführung einer direkten Steuer. Wie liegen die Dinge liegen, wird man mit aller Energie an die Verwirklichung dieser Pläne gehen. Deshalb halten wir es als Verteilung der 3. Abteilung für notwendig, dahin zu wirken, daß 14% Prozent bewilligt werden.

Die weitere Debatte dreht sich um die Frage, ob die jüngste die vermehrten Armenlasten weiter geforderten 300 000 Mark ebenso wie die früher auf Anleihe übernommenen 720 000 Mark zu behaupten sind oder nicht. Es beteiligen sich daran Stadtv. Tobias, Böttcher Dr. Roth und Oberbürgermeister Dr. Dittrich.

Stadtv. Heinze I (Mittelst.): Weist auf die schlimme Lage vieler Geschäftsführer hin, die jetzt kaum die Speisen einzunehmen. In dieser Zeit könnte eine so starke Erhöhung des Steuerzahlers verhängnisvoll werden. Wenn der Redner nachgewiesen habe, daß man mit 140 Prozent auskommen könnte, so sollte man dementsprechend handeln. Weiter tritt der Redner für den Antrag Anhänger ein.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages Meiners mit 31 gegen 28 Stimmen. Der Steuersatz ist demnach für das Jahr 1916 auf 14% Prozent festgesetzt. Der Antrag Tobias, 300 000 Mark aus der Kriegsanleihe zu nehmen, wird mit 13 gegen 26 Stimmen angenommen. Dagegen wird der Antrag Anhänger, 400 000 Mark aus dem Schulbaufonds zu nehmen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Abstimmung 1 bis 4 werden einstimmig angenommen.

Daraus werden noch einige Positionen des Kontos 6 (Schulen) des Haushaltspolitik für 1916 entsprechend dem Antrag des Schulausschusses debattiert. Ebenso stimmt man der Nachbewilligung von 3201 M. für die Einrichtung von 6 neuen Klassenzimmern in der Schule für Frauenberufe und der Begründung von 4 Lehrstellen an derselben Schule unter Nachbewilligung der auf die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1915 erforderlichen Mittel von zusammen 8475 M. zu Kosten des Kontos 6, Frauenberufsschule, ohne Debatte zu.

Der öffentlichen Sitzung folgte noch eine geheime.

## Gerichtsaal.

### Vandgericht.

**Bernierergommen.** Die frühere Schriftstellerin und Lehrerin Bernierergommen hat sich in Leipzig nobilitär mit dem Verlauf von Postkarten, Hindenburgpostkarten usw. ernährt, und man kann ihr schon glauben, daß sie infolge mangelnder Nahrung manchmal Schwächeanfälle gehabt hat. Sie hat sich bei verschiedenen Vermietern einlogiert, hat sich falsche Namen beigelegt und meistens nicht polizeilich angemeldet. Als sie sich doch einmal anmeldete, nannte sie sich unter falschem Namen Privatlehrerin. Einer ihrer Wirtinnen hat sie angegeben, sie habe aus Paris flüchten müssen, sie habe einige tausend Mark auf einer englischen Bank liegen und befürchte auch noch ein Pflichtamt von 8000 Mark aus der Erbschaft der Mutter, die sie verstorben habe, weil sie sich nicht umtanzen lassen wollte. Die erste Angabe gibt sie selbst als falsch an, die übrigen aber hört sie als mehr aufrecht. Die Wirth hat ihr teilweise Vogels und Kost gestundet, aber ihre Mieterin ist eines Tages verschwunden gewesen. Sie erklärt, daß sie nicht genug verdient habe, um bezahlen zu können. In der Nacht zum 31. Januar befand sie sich auf dem Bahnhofsvorplatz und erzählte einem Sanitätsoldaten, sie erwarte eine Freibahn, habe aber ihr Portemonnaie verloren und benötige kein Geld. Der Soldat hat ihr daraufhin eine Mark geborgt; sie ist aber plötzlich weg gewesen. Am Morgen hat der Sanitäter die Angeklagte am Hauptbahnhof wiedergetroffen und von ihr seine Mark verlangt. Sie hat den Soldaten bewogen, mit zum katholischen Pfarrhaus zu gehen, wo sie sich Unterstiftung ertragen wollte. Sie ist auch ins Haus gegangen, jedoch nicht wiedergekommen, sondern nach der andern Seite zu entwichen. Die Angeklagte hat auch ohne Gewerbeschreiben gehandelt. Sie war nun wegen Betrugs, Notbetrugs, Vergleichs gegen die Gewerbeordnung und das Melde- und Führungsdokument falscher Namen angeklagt und wurde zu vier Monaten drei Tagen Gefängnis und drei Wochen Haft verurteilt.

Ein junger Liebeshabendes hatte sich in der Person des 17-jährigen fröhlichen Wolferschäfers Kurt Schmidt zu verantworten. Er war kurz vor Kriegsausbruch als Posthalter angestellt worden und hat beim Seeren der Briefkästen im Postamt II in der Brandenburger Straße eine Ansitzfeldpoststelle an sich genommen. Er hat diese Sendungen dann zu Hause unadressiert und sie seinen Freunden im Elbe zugeschickt. Er hatte sich vorgenommen, seinen Briefen wöchentlich zweimal Sendungen anzugeben zu lassen, was er aber aus seinem Tagelohn nicht gewöhnlich hätte bestreiten können. Es wurde aber konstatiert, daß er sich 50 Mark gespart hatte, und daß er ein Sparbuch über 250 Mark besaß. Am Pflicht auf seine Jugend und auf das nicht ganz uneide Motiv wurde Sch. zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

## 166. Sächsische Landeslotterie.

(Eine Lotterie) (Nachdruck verboten.)

Ziehung vom 15. April.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark bezogen.

15 000 auf Nr. 3004 bei Herren Ad. Müller & Co. in Leipzig.  
5 000 auf Nr. 10818 bei Herren Alexander Hessel in Dresden.  
5 000 auf Nr. 20026 bei Herren Rudolph Daniel in Chemnitz.  
5 000 auf Nr. 100491 bei Herrn Adolf Warend in Leipzig.

121 73 575 732 (2000) 513 850 278 332 188 157 373 741 908  
957 (2000) 34 42 1150 900 755 84 (500) 505 378 732 591 900 906  
857 200 112 878 800 (500) 2004 00 518 074 185 154 497 812 978  
422 851 956 788 974 778 (2000) 132 124 374 406 470 (1000) 806  
470 817 160 383 240 513 802 516 36 320 505 749 848 4277 738  
517 808 371 965 087 058 958 205 228 184 06 782  
5104 752 748 780 480 738 604 177 445 601 114 427 701 18 21  
841 (500) 911 282 220 110 6827 (1000) 977 34 252 70 185 908  
122 569 (1000) 700 318 (2000) 7290 989 264 213 807 887 885 768  
21 703 208 780 328 828 375 682 687 (2000) 282 650 8602 868  
027 912 (500) 604 688 924 774 903 027 187 408 700 009 68 307  
055 471 912 783 849 754 (1000) 513 815 367 100 784 264 207  
835 700 875 18 378 (2000) 180 411  
10318 855 24 20 125 74 157 712 911 812 598 098 178 432 905  
203 187 827 380 085 222 11714 320 895 08 117 449 788 082 570  
490 588 719 775 449 192 000 12000 325 117 768 900 84 124 720  
829 727 489 007 578 849 928 229 15 082 521 18048 961 527 422  
58 085 010 450 386 042 084 457 04 928 804 14160 710 48 424 80  
890 440 128 791 741 486 885 480 (2000) 716 081 374 903 (1000)  
480 170 794 698 600  
15741 714 208 344 354 214 247 380 17 455 327 560 42 009  
61 608 008 110 26020 080 120 928 45 751 400 (500) 824 68 187  
050 (1000) 304 143 27743 300 928 184 048 270 618 774 600 182  
121 500 28975 (2000) 518 188 107 910 (1000) 88 68 870 (500)  
688 871 48 (1000) 194 613 008 217 701 624 593 124 682 350 200  
40 702 520 170 29877 (1000) 7 22 500 655 217 140 920 (5000)  
007 425 788 225 670 736 228 53 853 615 452 157 499 708 704 247  
30466 287 (2000) 881 308 (1000) 345 400 613 59 215 16 24 5  
960 (1000) 423 700 (2000) 850 34273 85 517 (1000) 46 877 537  
477 974 004 081 108 (2000) 900 867 (500) 421 270 (2000) 302 824  
962 384 32571 19 28 428 890 093 118 418 438 825 087 298 600  
598 597 188 687 (500) 117 804 554 (1000) 38539 (500) 729 452  
54 722 205 738 558 516 538 047 (1000) 825 814 (500) 49 826 (500)  
440 38451 242 600 777 754 (2000) 169 91 108 588 (2000) 425  
540 092 979 955 270 290 898 519 370 702 20 781  
35067 801 72 578 68 503 125 820 (1000) 193 224 074 170 98  
543 324 30 004 357 241 584 (500) 244 408 302 828 737 342 (500)  
709 371 015 577 490 685 564 257 507 (500) 405 448 89 (500) 792  
780 06 289 598 (1000) 128 37082 0 174 598 080 803 (1000) 446  
144 181 358 587 811 538 38593 708 485 (500) 772 100 268 782  
847 (500) 040 388 888 (500) 592 24 304 330 813 568 406 170 82  
30526 575 775 190 (500) 592 24 304 330 813 568 406 170 82  
953 300  
40000 200 378 264 150 598 061 654 129 195 182 417 545 14  
908 488 180 (500) 728 344 108 590 471 905 883 050 705 (500)  
41000 856 572 982 445 065 00 130 083 000 420 406 6 125 32 189  
900 277 530 894 277 642 450 42080 055 085 (1000) 184 087 988  
650 722 9 137 757 358 083 381 224 545 700 200 05 511 441 (1000)  
199 135 (2000) 43729 278 687 347 128 248 260 550 82 (1000)  
465 678 220 757 812 928 745 002 888 44981 451 61 453 818 988  
605 388 27 108 801 107 773 91 05 6 231 563 555 056 802 17 578  
45051 12 571 810 804 485 523 539 656 184 620 728 987  
46288 50 598 586 749 192 41 904 971 876 774 768 050 200 367  
47502 50 200 780 287 547 (2000) 360 925 655 110 064 (500) 464 501  
229 (500) 475 236 (500) 831 850 (1000) 304 037 087 18 451 751  
156 154 484 40625 242 (1000) 211 256 225 909 593 944 745 168  
881 (8000) 020 576 643 970 367 781 708 600 40000 565 468 846  
607 321 753 841 746 106 81 483 818  
50397 902 (500) 471 007 249 308 120 490 (1000) 470 269 305  
499 51208 663 406 485 581 288 070 185 783 42 431 833 867 763  
787 (1000) 157 52440 642 870 421 704 (500) 982 456 660 743 600  
264 574 525 (1000) 783 810 400 158 981 241 710 538 53353 990  
172 (2000) 213 620 057 744 301 735 (500) 429 628 008 827 880

132 47 (1000) 34 (15000) 579 844 786 402 589 882 54521 72  
50 185 176 908 887 201 902 250 08 02 752 559 204 914 407 379

55811 173 849 245 497 3